

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 8,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161.

Breslau, Mittwoch, 12. Juli 1893.

4. Jahrgang.

Die Schließung der Pariser Arbeitsbörse.

Am 6. Juli, wurde unvermuthet die Arbeitsbörse geschlossen. Um 5 Uhr drangen plötzlich 50 Agenten unter Führung des Commissars Clement in den Vorsaal der Arbeitsbörse ein und besetzten sofort den großen Versammlungsaal. Der Commissar forderte die beiden diensthaltenden Secretäre auf, die Börse zu verlassen. Die Secretäre widersprachen und zogen sich zurück, nachdem sie hatten feststellen lassen, daß die Austreibung mit Waffengewalt stattfinden würde. Unterdessen hatte ein Bataillon Jäger die Straße besetzt. Der Commissar, gefolgt von den Agenten, durchschritt hierauf alle Stockwerke und forderte hierauf alle Gewerksvereine auf, das Gebäude zu verlassen. 21 Syndicate zogen ohne Widerspruch aus, die Secretäre trugen ihre Bücher auf den Schultern davon. Inzwischen wurde der halbe Platz von Chateau d'Eau durch Cavallerie abgesperrt. Tausende von Neugierigen eilten aus allen Vierteln herbei, da die Nachricht sich blitzschnell verbreitet hatte. Ein Dragonerregiment drängte die Menge langsam bis zur Bastille zurück. Die Räumung erfolgte ohne Zwischenfall. Nach einstündiger Arbeit verließ die Polizei die Arbeitsbörse und übergab sie dem Commandanten der Jäger, der sie durch seine Leute besetzen ließ.

Ueber die Vorgeschichte dieser Maßregel entnehmen wir dem „Politischen Centralblatt“ folgende Mittheilungen: Die Doctrinär-liberalen hatten es Jahre lang versucht, die Berufssyndicate (Gewerksvereine) dadurch in Mißcredit zu bringen, daß sie sie auf gleichen Fuß mit den ehemaligen Zünften stellten und sie als im Widerspruch mit den „Grundsätzen von 1789“ stehend, erklärten. Aber konnte man denn das Gesetz vom 21. März 1884, das den Arbeitern gestattet, sich

frei zu Gewerkschaften zusammenzutun, ohne erst die Genehmigung der Regierung einholen zu müssen so leichterdings wieder umstoßen? Nicht minder fehlte ihr Versuch, die Arbeiter selbst gegen die Syndicate aufzubringen. Da kamen sie auf den nicht schlecht ausgeklügelten Plan, das Syndicatsgesetz selbst als Angriffswaffe zu gebrauchen. Der Art. 4 dieses Gesetzes besagt nämlich, daß die Gründer eines jeden Syndicats die Namen derjenigen, die unter irgend einem Titel mit der Verwaltung der Leitung betraut sind, bei dem Bürgermeisteramt desjenigen Ortes, wo sich das Syndicat befindet, in Paris bei der Seine-präfectur, zu hinterlegen haben; daß diese Hinterlegung bei jeder Directions- oder Statutenänderung zu erneuern ist und daß sämtliche Verwaltungs- oder Directionsmitglieder Franzosen und im Genuße ihrer bürgerlichen Rechte sein müssen. Nun giebt es thatsächlich eine Anzahl von Syndicaten, ungefähr die Hälfte, die diesen Bestimmungen nicht nachzukommen gedenken. Sie finden es nämlich ungebührlich, daß man die Syndicate verhalte, den Bürgermeistern, die oft mit Unternehmern in Verbindung stehen, die Namen ihrer Ausschußmitglieder bekannt zu geben, was nicht selten zu deren Maßregelung führt. Diese Gründe sind aber hier nebensächlich und man kann doch wohl denen, die eine Befolgung des Gesetzes verlangen, vom rechtlichen Standpunkt aus, kaum einen Vorwurf daraus machen. Der Angriffsplan war also ganz schulgerecht. Nur muß man sich fragen, warum erst jetzt vorgegangen wird? Und will man schon diese Syndicate mit einem Male gesetzlich verfolgen, warum gerade dann diejenigen herausgreifen die in der Arbeitsbörse ihren Sitz haben? Dies ist aber geschehen, der Seine-präfect hat nämlich in der Arbeitsbörse mittelst Anschlag bekannt geben lassen, daß die Syndicate,

die nicht bis zum 5. Juli den Bestimmungen des Art. 4 des Gesetzes vom 21. März 1884 nachgekommen sind, von diesem Tage ab nicht mehr in der Arbeitsbörse verbleiben dürfen.

Es ist offenbar, daß man mit diesen Syndicaten zugleich, und zwar vornehmlich die Pariser Arbeitsbörse, treffen wollte, die einen immer größeren Einfluß auf die ganze gewerkschaftliche Bewegung Frankreichs gewinnt. Hätte nicht ganz besonders die Arbeitsbörse getroffen werden sollen, dann würde man sicherlich nicht bloß gegen die daselbst befindlichen, sondern gegen alle dem Artikel 4 nicht nachgekommenen Syndicate vorgegangen sein, und zwar nicht, dies hier der Fall ist, auf dem Verwaltungswege, sondern auf gerichtlichem. Nach Art. 9 des angezogenen Gesetzes können nämlich die Leiter oder Verwalter der den oben bezeichneten Bestimmungen nicht nachgekommenen Syndicate gerichtlich verfolgt und zu einer Geldstrafe von 16—200 Francs verurtheilt werden. Gleichzeitig kann von den Gerichten die Auflösung der betreffenden Syndicate ausgesprochen werden. Ehe man also die nicht dem Syndicatsgesetze nachgekommenen Gewerksvereine rechtlich aus der Arbeitsbörse weisen könnte, mußten erst die Leiter oder Verwalter gerichtlich bestraft und die Vereine selbst gerichtlich aufgelöst werden. Man sieht daraus zu deutlich, daß der ganze Kampf der Pariser Arbeitsbörse gilt. Das hat denn auch das Generalcomitee der Arbeitsbörse, das ist die Vertretung sämtlicher daselbst befindlichen Syndicate — 270 an der Zahl — sowie der Pariser Gemeinderath, dem die Errichtung der Arbeitsbörse in erster Linie zu danken ist, von vornherein erkannt. Der Generalrath hat sich darum mit den aus der Arbeitsbörse auszuweisenden Syndicaten solidarisch erklärt, während der Gemeinderath einen von Baillant

In harter Schule.

Roman von Gustav Imme.

581

Nachdruck verboten.

„Aber man wolle mir doch nicht einreden, daß Du das nicht empfindest!“ fuhr die Kleine lachend empor. „Ich sehe es recht gut, daß Du unruhig bist, auf jeden Schritt lauschest und die Nadel kaum mehr zu halten vermagst. Ich finde es abscheulich von Wollenberg, daß er Dich so quält!“

„Er quält mich doch nicht; es kommt ja gar nicht darauf an, ob der Unterricht eine Viertelstunde früher oder später beginnt, und ich habe überhaupt nur dankbar zu sein, daß Herr Wollenberg kommt. Welches Recht besäße ich, Ansprüche auf seine Zeit zu erheben?“ erwiderte Leontine und die Linie des Hochmuths um ihre feinen Lippen trat wieder einmal recht scharf hervor.

„Ja so, es handelt sich zwischen Euch ja nur um den Unterricht im Zeichnen und Malen, das hatte ich vergessen“, neckte Alwine.

„Um was sonst sollte es sich wohl handeln?“ fragte Leontine mit eisiger Kälte im Tone und machte Miene, aufzustehen und das Zimmer zu verlassen, aber Alwine war nicht die Person, der man so leicht entschlüpfte. Sie sprang auf, schlang ihre Arme um den Nacken der Freundin, sah ihr bittend in die Augen und sagte schmeichelnd:

„Sei nicht böse, mein Herz, stecke nicht die Prin-

zessinnen-Miene auf, was wäre es denn für ein Unrecht, wenn Du und der Maler Gefallen an einander gefunden hättet? Ich finde, Ihr paßt zu einander, aber freilich helfen wird man Euch wohl müssen, denn Ihr seid im Stande, Jahr und Tag neben einander herzugehen und von allen möglichen Dingen zu reden, nur nicht von denen, die Euch am Herzen liegen. Soll ich einmal den Dolmetscher machen?“

Leontine riß sich heftig los.

„Laß mich, Alwine!“ rief sie mit einer abweisenden Miene und Haltung. „Bitte, lege doch nicht Gefühle und Wünsche in mich hinein, die nur in Deiner Phantasie leben! Ich werde Herrn Wollenberg auf meinem Zimmer erwarten.“

Ehe Alwine ein Wort erwidern konnte, war sie zum Zimmer hinaus. Das junge Mädchen sah ihr ganz verblüfft nach. „Ich lasse es mir nicht nehmen, sie lebt den Maler und der Maler liebt sie, man müßte ja keine Augen haben, wenn man das nicht sähe. Was ist denn nur Böses bei solcher feiner Neckerei?“ sagte sie halblaut.

„Dabei ist allerdings Böses, Kind“, versetzte Frau Meinhold, welche im Nebenzimmer eine ungesehene Zeugin der kleinen Scene zwischen ihrer Tochter und ihrer Pflegebefohlenen gewesen war. „Ich dachte, Du wüßtest es aus der Behandlung der Pflanzen, daß man zarte Keime nicht berühren, sie nicht plötzlich der grellen Einwirkung des Lichtes aussetzen darf. Sie werden dadurch leicht gestört.“

Alwine senkte den Kopf. „Das bedachte ich nicht,

Mama“, sagte sie kleinlaut; fügte aber sogleich wieder lebhafter hinzu: „So hast Du doch auch bemerkt, daß Keime einer Liebe da sind?“

„Das habe ich bemerkt“, antwortete Frau Meinhold offen, „ich bezweifle aber, daß sich Leontine und der Maler schon Rechenhaft von dieser keimenden Neigung gegeben haben. Beide sind Charaktere, die man ruhig gewähren lassen muß, welche die Einmischung eines Dritten in ihr Gefühlsleben nicht ertragen, denn Stolz und Liebe werden in diesen beiden Herzen einen recht verzweifeltten Kampf gegen einander führen.“

„Einen verzweifeltten Kampf?“ wiederholte Alwine, „das verstehe ich nicht.“

„Wohl Dir, mein Kind, daß Du es nicht verstehst“, antwortete Frau Meinhold, ihr liebevoll über das Gesicht streichend. „Dein Leben hat zwar viel Trübsal gehabt, aber doch keine dunklen Punkte. Wo die vorhanden sind, sind Kämpfe unausbleiblich. Wir wissen, daß es Geheimnisse in Leontines Leben giebt; von den früheren Schicksalen Wollenbergs haben wir fast nichts erfahren, da ist es unsere Pflicht, doppelt vorsichtig zu sein und jede Anspielung zu vermeiden, die möglicherweise tief verletzt.“

„Mutter, es wird mir oft ganz unheimlich unter unseren Freunden!“ rief Alwine, „sie kommen mir ungefähr vor, wie Bilder ohne Hintergrund, Leontine, Wollenberg, Gringworth, Niemand spricht von seiner Kindheit, seiner Heimath, seinen Eltern und seinen Geschwistern.“

ausgegangenen Antrag angenommen hat, der seinem Willen, die Syndicate in der Arbeitsbörse in voller Freiheit zu belassen, Ausdruck verleiht, das Generalcomitee zu dessen Verhalten beglückwünscht, sich dessen Bemühungen, die Existenz und Freiheit der Arbeitersyndicate und der Arbeitsbörse zu vertheidigen, anzuschließen erklärt und schließlich das Parlament anruft, den Art. 4 des Syndicatsgesetzes unverzüglich aufzuheben. Man sieht, daß der Kampf gegen die Arbeitsbörse sich zu einem Kampfe mit dem Gemeinderathe zuspitzt, und es sollte uns nicht wundern, wenn schließlich der Gemeinderath Recht behielte und Art. 4 des Gesetzes vom 21. März 1884 aufgehoben würde. Denn es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Regierung, so sehr sie sich auch bestreben möge, den oberen Kreisen angenehm zu sein, es wagen werde, alle nicht den Bestimmungen des Art. 4 nachgekommenen Syndicate gerichtlich verfolgen zu lassen, um so mehr, als sich deren Zahl auf über 2000 beläuft.

Die Noth auf dem Lande.

Es scheint, als hätten sich in diesem Jahre Himmel und Erde verschworen, um einmal gründlich den Ackerbau nachzuweisen, der in dem Gedanken landwirtschaftlicher Schutzzölle steckt, namentlich wenn dieselben so hoch sind, wie unsere Agrarier sich träumen. Die anhaltende Hitze und Dürre hat auf dem Lande schlimme Folgen gehabt; sie hat den Mangel an Futter und Streu so gesteigert, daß sich die ältesten Leute kaum an etwas Ähnliches erinnern können.

Der Kleinbauer, dem die Agrarier vorgelogen haben, die Fleisch- und Getreidezölle würden ihn aus allen Nöthen befreien, muß selbstverständlich die Wirkungen des Futtermangels am meisten verspüren. Von allen Seiten, namentlich aber aus Süddeutschland, ist berichtet worden, daß die kleinen Bauern zahlreich durch die Noth gezwungen werden, ihr Vieh zu verkaufen oder zu schlachten. In sonst wohlhabenden Gegenden Süddeutschlands ist für das Vieh in den meisten Fällen kaum der fünfte Theil des Einkaufspreises erzielt worden. Auf dem Lande sind darum auch vielfach die Fleischpreise rapid gesunken; man spricht von 40 bis 20 Pfennig, die noch für das Pfund erzielt wurden; an einzelnen Stellen Süddeutschlands soll das Rindfleisch zu 15 oder 12 Pfennig das Pfund, das Kalbfleisch an einem Orte gar zu 8 Pf. verkauft worden sein. Welch ein Hohn auf die landwirtschaftlichen Zölle!

Es ist klar, daß der Futtermangel in den verschiedenen Theilen Deutschlands nicht die gleiche Höhe erreicht. Aber er ist am empfindlichsten selbstverständlich da, wo der kleine Bauer schon bisher unter der Noth der Zeit hat leiden müssen. Es mag sein, daß man die Noth im Moment noch nicht als eine allgemeine bezeichnen kann, aber sie wird eine allgemeine werden, wenn sich die Wirkungen des gegenwärtigen Zustandes eifrig voll und ganz äußern.

Was bis jetzt von den Regierungen gegen die Futternoth geschehen ist, hat wenig zu bedeuten, und von dem, was noch geschehen soll, erwarten wir auch nicht allzuviel. Es sind tausend Gründe, welche den Klassenstaat verhindern, bei solchen Gelegenheiten kräftig

eingzugreifen; es widerspricht auch seinem Naturell. Schließlich wird wohl noch die Wohlthätigkeit angerufen werden, um den verarmten Bauern zu helfen. Die Bourgeoisgesellschaft kann den untergehenden Bauern und Ackerpächtern so wenig den Kampf um's Dasein erleichtern, wie den verhungerten Webern im sächsischen Erzgebirge und in Schlesien.

In den Städten ist momentan von dem Rückgange der Fleischpreise wenig oder nichts zu bemerken, denn die Fleischer halten die Preise durch Organisation und gegenseitige Verständigung. Aber man wird die Wirkungen des Futtermangels auf dem Lande bald auch in den Städten verspüren; nur in anderer Weise. Auf die Verschleuderung des Schlachtochtes die auf dem Lande eine Folge der Noth ist, wird eine hohe und kaum dagewesene Steigerung der Fleischpreise folgen, wenn nicht die Grenzen geöffnet werden. An diese wird sich ohne Zweifel ein Steigen der Brotpreise schließen, denn wo so viele kleine Bauern ihren Betrieb vernachlässigen müssen, da müssen auch die Getreidepreise etwas in die Höhe gehen.

Dann ist der Zeitpunkt gekommen, auf den die Kornwucherer, die Speculanten, Aufkäufer und Ausbeuter aller Art schon lange lauern. Diese werden dann ihre aufgestapelten Vorräthe zu denen von ihnen beliebten Preisen loschlagen und werden die Noth des Volkes ausbeuten. Es sind vor einiger Zeit dunkle Gerüchte von solchen Aufstapelungen in Umlauf gewesen, die Aufstapler aber werden, das steht fest, die Verbraucher mit der Grausamkeit amerikanischer Monopolisten auspressen, bis nichts mehr hinausläuft.

Der Bauer, der sein Vieh verkauft hat und sich dann Brot und Fleisch zu erhöhten Preisen kaufen soll der wird dann endlich darüber belchert sein, wenn die landwirtschaftlichen Schutzzölle zu Gute kommen.

Die kärglichen Unterstützungen der Regierungen, sowie die lässlichen Almosen, welche die kürgerliche Gesellschaft in solchen Fällen zu spenden pflegt, werden die Noth nicht beseitigen, nicht einmal die Preissteigerung verhindern können.

Aber es ist auch ein unerhörter Zustand, wenn unter diesen Umständen die landwirtschaftlichen Zölle bestehen bleiben. Sie haben in einer Zeit, da die Preise der nothwendigen Lebensmittel steigen und die Arbeitslöhne sinken, auch nicht die geringste Erleichterung berechtigung mehr.

Fort mit diesen mittelalterlichen Erschwerungen des Verkehrs!

Die ganze Gesellschaft gieriger Junker, gewissenloser Speculanten und herzloser Wucherer rüstet sich schon, aus der Haut des armen Mannes Riemen zu schneiden. Das Alles wird natürlich nur im „Interesse der Landwirtschaft“ geschehen. Und wenn das Volk wieder ausgeplündert ist, dann werden die Agrarier „gottesfürchtig und dreiste“, wie sie sind, behaupten, daß die Landwirtschaft nur durch die Zölle vor dem gänzlichen Untergang bewahrt worden sei.

Was dabei wohl die vielen Bauern denken werden, die bisher dahin untergegangen und Tagelöhner geworden oder bis über die Ohren in Schulden gerathen sind?

Die werden mit uns wohl zu der Ueberzeugung

gelangt sein, daß es keinen größeren Feind der Landwirtschaft gibt als den Junker, der immer noch, wenn auch in etwas modernerer Form, die Rolle spielt, die einst seine Vorfahren, die Raubritter und Feudalherren, gespielt haben.

Was Breslau den Arbeitern bietet.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung vom 6. Juli wurde die Magistratsvorlage betreffend die Errichtung eines Volksbadebades westlich der Universitätsbrücke, dessen Kosten im Betrage von 54 000 Mk. aus dem zu diesem Zwecke gestifteten Legat des verstorbenen Dekonomieraths Korn entnommen werden, debattenlos angenommen. Auch nicht ein Stadtverordneter fand es der Mühe werth, sich darüber auszusprechen, ob denn das eine Bad für die arbeitende Bevölkerung in Breslau ausreicht, oder ob die Art der Einrichtung des Bades, wie sie in der Vorlage vorgesehen, dem Bedürfnis und den Wünschen der arbeitenden Klassen, zu welcher wir natürlich nicht nur Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch Handwerker, Beamte u. d. m. rechnen, zweckentsprechend ist. Warum das nicht geschah, ist sehr erklärlich. Unbedingte hätte man in der Debatte zu dem Resultat gelangen müssen, daß ein Bad sich durchaus als ungenügend herausstellen muß und nur von denjenigen Leuten benutzt werden kann, welche gerade in der Nähe des Bades wohnen. Ein Arbeiter, der beispielsweise an der Ohlauer Chaussee oder in einem sonst entzogenen Gade keine Wohnung hat, wird im Winter bei frostigem oder nassem Wetter — wo gerade ein kräftiges Bad seine heilsame Wirkung ausüben kann, wohl kaum bis zur Universitätsbrücke laufen.

Fein bedacht hat man nun, um die Spitze des nervus rerum herumzukommen, die Vorlage mit Saft und Pfeffer angenommen. — Wie es nun aber hinlänglich auch unter den Stadtverordneten bekannt ist, ist dem Magistrat vor einiger Zeit eine mit nahezu 6000 Unterschriften versehene Petition aus Arbeiterkreisen zugegangen, worin derselbe um Errichtung von Volksbädern — vor jedem Thore eins — angegangen wurde. Bei Einbringung der Vorlage, die vor einigen Wochen erfolgte, wiesen wir in der „Volkswacht“ auf die gerechten Wünsche der Petenten hin und gaben der Hoffnung Raum, daß sie berücksichtigt werden würde.

Aber umsonst. Wozu auch sollte man Rücksicht nehmen?

Arme Leute können zufrieden sein mit dem was man ihnen anbietet, besondere Wünsche brauchen nicht erfüllt zu werden. Hätte es sich nur um Anstalten für die Besitzenden gehandelt, aus denen man irgend welchen Profit zu ziehen glaubte, und die „Schlesische“, „Breslauer“ oder auch die „Breslauer Morgenzeitung“ hätte dieses und jenes gewünscht, wir sind gewiß, daß man diesen Wünschen Rechnung getragen hätte. Der „Volkswacht“ gegenüber, wie wohl sie die größte politische Partei in Breslau vertritt, glaubt man, ein solches Entgegenkommen nicht schuldig zu sein. Es sind ja nur Arbeiter, die sie vertritt.

Würden anstatt des einen Bades nach dem gerechten Wünsche von 6000 Leuten des arbeitenden

„Bermüdest Du dieses in der Unterhaltung mit ihnen?“

„Nein, es fällt mir aber auf, sobald ich allein bin und mich in Gedanken mit ihnen beschäftige. Sie sind in ihren Gesprächen immer unpersönlich.“

„Ich dachte, Du könntest Vertrauen zu Gringmuth und denen haben, die er uns zuführt“, mahnte Frau Meinhold ernst.

„Vertrauen habe ich, aber ich wüßte doch gern etwas mehr über sie“, entgegnete Alwine mit echter Frauenlogik und jagte den Voratz, Gringmuth doch nächstens ins Gebet zu nehmen.

Die Gelegenheit fand sich noch an demselben Abend. Wider Erwarten kam Gringmuth mit dem Maler und während der Lesere zu Leontine hinaufging, um ihr den Unterricht zu ertheilen, blieb der Erstere mit Alwine im Wohnzimmer allein, da Frau Meinhold inzwischen noch einen Blumentransport zu expediren hatte.

„Wie kommt es, daß Fräulein Leontine um diese Zeit allein in ihrem Zimmer ist?“ fragte Gringmuth verwundert. „Sie pflegt doch sonst unser Kommen zu erwarten.“

„Ach, ich bin ungeheuer gewesen“, sagte Alwine mit ihrer gewöhnlichen Offenheit.

„Mit den Händen pflegen Sie das nicht zu sein, also waren Sie es mit dem Munde“, neckte Gringmuth.

„Sie sind bochhaft, leider haben Sie aber Recht; ich werde wohl beichten müssen.“

Sie erzählte ihre Unterredung mit Leontine und verschwieg auch nicht das Gespräch mit der Mutter, das sich daran geknüpft hatte. Ganz gegen seine Gewohnheit hatte Gringmuth darauf nicht sogleich eine Antwort. Er schwieg mehrere Minuten und seine Züge nahmen dabei einen Ausdruck der Weichheit und Rührung an, der sie mit dem Schimmer der Jugendliebe übergoß.

„Alwine“, sagte er endlich, „können Sie sich nicht damit begnügen, den Menschen zu nehmen wie er ist, müssen Sie wirklich wissen, wie er gewesen, und wie und weshalb er so geworden ist?“

Sie blühte verwirrt zu Boden; der Ton war ihr an Gringmuth zwar nicht ganz neu, er schlug ihn aber nur in ganz seltenen Fällen an.

„Lassen Sie ab davon, Kind“, bat er. „Ich warne Sie mit den Worten Ihres Lieblingsdichters Schiller, denn meinen Goethe lesen Sie vielleicht nicht gelten: „Wer erfreute sich des Lebens, der in seine Tiefen blickt?“

„Und wer sagt Ihnen denn, daß ich mich des Lebens nur erfreuen will?“ fragte sie schnell. „Soll ich wirklich keinen Theil haben an den Leiden meiner Freunde?“

„Es ist besser, über Leontinens Schicksal wird nicht gesprochen, ihre Sicherheit hängt davon ab“, sagte Gringmuth ernst, „wer weiß, wie lange sie hier noch geborgen ist.“

„O, was sagen Sie da!“ fuhr Alwine auf. „Droht ihr Gefahr? Was kann ich für sie thun?“

„Schweigen, weiter nichts. Sie ruhig gewähren lassen, nicht forschen, durch keinerlei Anspielungen sie aus ihrem Gleichgewicht bringen. — Können Sie das?“

„Ich verspreche es Ihnen.“

„Dafür will ich Sie auch in Betreff des Malers beruhigen. Der hat in der That nichts zu verbergen, denn daß er der Sohn kleiner Ackerbürgerleute in einer kleinen Stadt und sich durch Talent, eisernen Fleiß und unglaubliche Fähigkeit zu dem gemacht hat, was er jetzt ist, das ist ihm keine Schande, sondern eine Ehre. Ein Anderer würde tüchtig damit renommiren, er schweigt darüber, nicht aus falschem Stolz, sondern aus Bescheidenheit!“

Er schwieg. Alwine sah ihn erwartungsvoll an, als er aber keine Miene machte, seine Erklärung fortzusetzen, sagte sie:

„Ueber den Maler und Leontine bin ich nun orientirt, aber —“, sie stockte, dem sonst so redfertigen Mädchen verlagte die Stimme.

Gringmuth ergriff ihre Hand. „Sie möchten mehr über mich wissen, Alwine. Ich wiederhole Ihnen: „Wer erfreute sich des Lebens, der in seine Tiefen blickt?“

„Und ich wiederhole Ihnen, daß ich mich nicht nur des Lebens erfreuen, sondern auch in seine Tiefen sehen will. Es schmerzt mich so sehr, Sie nicht glücklich zu wissen.“

(Fortsetzung folgt.)

Volles vier Bäder errichtet werden, so erwüßte der Stadtverwaltung, nachdem die Kosten des einen Bades gedeckt sind, für die übrigen drei eine Ausgabe von 162.000 Mark. Die Verwaltungskosten würden gewiß durch Erhebung eines kleinen Eintrittsgeldes hinreichend gedeckt werden — und man hätte in unserer Stadt eine Wohlfahrts-Einrichtung getroffen, welche ihr zur Ehre gereicht hätte.

Aber für Volks-Wohlfahrten giebt es in Breslau kein Geld. Man gründet lieber einen Südpark für eine halbe Million, auch wenn das Geld dazu erst durch eine Anleihe, für die die Stadt die Zinsen aufzubringen hat, herbeigeschafft werden muß. Zuerst der Luxus und dann das Bedürfnis.

Wir müssen es gerade als ein Glück betrachten, daß ein Menschenfreund auf den Gedanken gekommen ist, einen Fonds für Volksbäder zu bilden, sonst würde Breslau noch lange nicht in den Besitz eines solchen gelangt sein. Wie schwer es unseren Stadtvätern wird, für die arme Klasse Bewilligungen zu machen, das läßt sich durch einen Ausspruch des verstorbenen Stadtverordneten Weinhold bei Gelegenheit der Verathung einer Vorlage auf Anbringung von vier Schulbädern, beweisen. Nicht nur, daß wir die armen Kinder umsonst in die Schule schicken, ihnen die Bücher geben, sollen wir sie jetzt noch bewachen und bereinigen! Irgend er aus und Amen! sagte die Versammlung. Die Vorlage fiel und die Schulbäder sollen bis heute nicht errichtet werden. — Freilich, es macht sich viel feiner, wenn der Herr Oberbürgermeister die Honorationen des Herrenhauses zu einem Spaziergange im Breslauer Südpark, als zu einem Besuch in ein Schul- oder Volksbad einladet. Alles, was für den kleinen Mann gethan wird, trägt den Stempel der Wohlthätigkeit an sich. Wir haben weiter nichts zu thun, als die Segnungen dieser uns gebotenen Wohlthätigkeit zu empfinden und uns pflichtschuldigst dafür zu bedanken. Thun wir das nicht, dann sind wir undankbare Menschen und des Dargebotenen nicht würdig. Diese Lehre drückt uns die Breslauer Volksbade Geschichte, die noch nicht zu Ende ist, von Neuem auf.

Wir werden aber zeigen, daß wir von derartigen „Wohlthaten“ nichts wissen wollen, sondern, daß wir als Steuerzahler das Recht haben, an die Stadt-Verwaltung Forderungen zu stellen, wie jene, welche im Stadtparlament durch Abgeordnete vertreten sind. — Uns räumt man das Recht der Vertretung nicht ein, und darum werden wir es uns erkämpfen müssen, wie wir uns die politische Vertretung erkämpft haben. Die Haltung des Magistrats und der Stadtverordneten bei dieser Vorlage spornt uns an, diesen Kampf zur rechten Zeit zu beginnen. Soweit mit der Stadt-Verwaltung. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch mit der Presse ein Paar Worte reden. Nicht eine Zeitung, von der „Schlesischen Zeitung“ bis zum Unparteiischen herunter, hat es für nöthig befunden, auch nur ein Wort zu dieser Sache zu sprechen. Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ tanzelt wohl den Stadtverordneten Kipke wegen seiner Opposition gegen den Südpark ab, für die Volksbäder weiß sie aber nichts zu sagen. Ihr Unrecht einsehend, bringt sie anderen Tages einen Artikel über die wohlthuernde Wirkung der Schulbäder.

Warum hat das „arbeiterfreundliche“ Blatt denn nicht schon früher, auf die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Schul- und Volksbäder hingewiesen. Warum erst post festum? Wir entnehmen aus Allem, daß wir nur auf uns angewiesen sind und darauf müssen wir unser Augenmerk richten. So in politischen, so in communalen Dingen. R.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die socialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer Sitzung vom 7. Juli, in den einzelnen Fachcommissionen sich durch folgende Abgeordnete vertreten zu lassen: In der Geschäftsordnungs Commission durch Singer und Vogtherr, in der Petitions Commission durch Förster, Schmidt (Sachsen), Geyer, Schmidt (Frankfurt), in der Budget-Commission durch Bebel, Singer, Meister, Ulrich, in der Reichstags-Bau-Commission durch Singer, in der Wahlprüfungs-Commission durch Auer und Fischer.

Als Redner zu den einzelnen Anträgen, welche bisher aus dem Hause gestellt wurden, sind seitens der Fraktion bestimmt: Für die Anträge Luz und Ohni (Futternoth) Schippel und Schoenlant. Zugleich wurde beschlossen, zu dem Antrag Ohni einen Unterantrag zu stellen, in dem die Aufhebung sämtlicher Lebensmittel-Zölle gefordert werden soll. Zum Antrag Nischbüchler, Abänderung des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes betreffend, sind Vogt und event.

Grillenberger als Redner bestimmt, während zum Jesuiten Antrag Blos und Bollmar den Standpunkt der Partei vertreten sollen. Weiter wurde beschlossen die so viel Aufsehen erregende Ansprache des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg gegenüber der Deputation des Vereins „Fedelta“, zum Gegenstande einer Interpellation zu machen. Sie lautet:

„Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:

Sind dem Herrn Reichskanzler die Aeußerungen bekannt geworden, welche nach den bis heute unwidersprochen gebliebenen Berichten der Presse, der Polizeipräsident Feichter in Straßburg i. E. in amtlicher Eigenschaft gegen ekklesiastische Staatsangehörige sich erlaube?

Und was gedenkt der Herr Reichskanzler auf diesen Vorgang hin, falls er sich bewahrheitet, gegen den Polizeipräsidenten von Straßburg zu thun?

Berlin, den 7. Juli 1893.

Der Fall Feichter. Aus Straßburg i. El. wird officiös gemeldet:

„Der soeben vom Urlaub zurückgekehrte Polizeipräsident Feichter erklärt, daß zwar der in den verschiedenen Blättern besprochene Empfang von Mitgliedern des aufgelösten Vereins „Fedelta“ stattgefunden habe, daß aber die Berichterstattung darüber unrichtig sei und insbesondere die Angaben über eine Beschimpfung einzelner Personen vollständig erfunden seien.“

Ein officiöser Vertuschungsversuch ist keine amtliche Erklärung. Wir werden sehen, was die Regierung auf die socialdemokratische Interpellation in Sachen Feichter sagen, und was für einen Ausgang die Beleidigungs-Klage Simonis gegen Feichter nehmen wird. Die Mittheilungen der „Königlichen Volks-Zeitung“ waren viel zu positiv, als daß sie durch das anonyme Gesalbader eines Neptils an Werth verlieren könnten. Ebenso wenig genügte es, wenn etwa Herr Feichter als Gegenpartei den Sachverhalt einfach bestritt. Es wird, dies sei beiläufig verzeichnet, niemand Wunder nehmen, daß der Stöcker'sche „Reichsbote“ die Feichter'sche Scheltrede warm vertheidigt und sich darüber freut, daß den Herren der Kopf so gründlich gewaschen worden sei. Es sei menschlich nur zu begreiflich, daß „der Mann in Zorn und Aerger geriet“ über das von ihm getadelte Verhalten des Klerus und ihm nach all dem freundlichen Entgegenkommen der Regierung gegen den Klerus einmal die Galle überließ, und er mit den Herren vom Fedeltaverein ein bayrisch kräftig Wortlein redete.“ Für das Anstandsgefühl des lutherischen Pastorenblattes, das vor christlicher Liebe überquillt, ist die Billigung der wüsten Schimpfreden („Schweinebände“, „Schweinehund“) recht charakteristisch. Wenn man nun dem „Mitteltrieb der Edeltanne“ ab und an auch mit solch einem „bayerisch kräftigen Wortlein“ in die Quere käme?

Die Futternoth. Der preussische Landwirtschaftsminister von Heyden läßt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ seine seltsame Bauernschutzpolitik vertheidigen, was dem Pindterblatt so wenig gelingt, wie es seinem Auftraggeber gelungen ist. Von Bedeutung ist nur die halbamtliche Erklärung des Junker-Ministers, daß „die landwirthschaftliche Verwaltung“ sich von einer Aufhebung des Zolls auf Streu- und Futtermittel „für die Landwirtschaft einen ersprießlichen (!) Nutzen nicht versprechen könne“. Diese Ansicht taugt nicht mehr als das Deutsch der Erklärung. Kein „ersprießlicher“, d. h. kein nützlicher Nutzen erwächst den Kleinbauern aus der Aufhebung der Zölle. Das heißt: die Junker wollen keine Aufhebung des Zolles, weil sie ihrer Profitrate Hemmnisse bereitet. Es bringt freilich „ersprießlichen Nutzen“, sich für Streu und Futter Wucherpreise zahlen zu lassen, nun nachdem die Grenze durch Zoll und Ausfuhrverbot gesperrt ist.

Betreffs der Eisenbahn-Frachtermäßigung für Futtermittel etc. veröffentlicht der Minister für öffentliche Arbeiten folgende neue Anordnung:

Während die durch Erlass vom 19. v. M. genehmigten Frachtermäßigungen für Dorfstreu und Futtermittel allgemein für Versendungen nach Staatsbahn-Stationen in Geltung gesetzt sind, ist ferner in Aussicht genommen, für einzelne, besonders hart betroffene Kreise des Landes weitere Frachtermäßigungen dahin eintreten zu lassen, daß 25 pCt. von den durch obengedachten Erlass eingeführten Frachtsätzen bzw. 25 pCt. der auf die Staatsbahnen entfallenden Frachtanteile den Empfängern im Reclamationswege zurückerstattet werden, wenn durch eine Bescheinigung des Vorstandes des landwirthschaftlichen Vereins oder des Landraths des Kreises nachgewiesen ist, daß das bezogene Streu- oder Futtermittel in dem landwirthschaftlichen Betriebe des Empfängers Verwendung findet oder von einem landwirthschaftlichen Verein oder einem Gemeindeverband bezogen und unter keine Mitglieder der behufs Verwendung in deren eigener Wirtschaft zur Vertheilung gelangt. Diejenigen Kreise, für welche diese Maßregel in Kraft treten soll, werden den betheiligten königlichen Eisenbahn-Directionen meinerseits mitgeteilt werden und ist demnach sofort die erforderliche Veröffentlichung zu bewirken.

Gegen das Zugeländnis ist nichts zu sagen. Aber die landwirthschaftlichen Vereine, wo die Junker

herrschen, und die Landräthe, die selber zumeist Junker, das Junkerinteresse hegen, sind durchweg nicht die geeigneten Mittler. Politisch anrückige Bauern und Dorfgemeinden könnten unter Umständen üble Erfahrungen machen. Und wenn kein Geld da ist, was nützen dann die Frachtermäßigungen. Davon profitirt der Großgrundbesitzer, nicht der Bauer. Es tritt hier wieder zu Tage, daß in unserem Zucker- und Polizeistaate der Mechanismus der Verwaltung sofort nicht glatt functionirt, wenn es sich um den unmittelbaren Verkehr mit den Kleinen handelt. Bei den Großen freilich klappt alles aufs Beste.

Als ein Zeichen der militaristischen Zeit sei die Nachricht angemerkt, daß der commandierende General des VIII. Armeecorps, v. Loß, derselbe, in dessen Corpsbezirk während der Wahl die seltsame und gesetzwidrige Mahnung an die Landwehrlaute gerichtet wurde, und der Oberpräsident der Rheinprovinz, Raffe, die rheinischen Abgeordneten, die der herrschenden Futternoth wegen um den Ausfall der Kaisermanöver ersucht hatten, abgewiesen haben. Diese Ablehnung spricht ganze Bände.

Zu den bayerischen Landtagswahlen schreibt die „Frank. Tagespost“: „Das „freisinnig“-nationalliberale Cartell hat in Nürnberg eine so furchtbare Niederlage erlitten, wie sie ihm von seinem erbittertesten Gegner nicht eclatanter gewünscht werden konnte. Die politische Charakterlosigkeit der beiden bisher dominirenden Parteien ist von Seiten der wirklich freigesinnten Wählerchaft verdienstermaßen bestraft und die Prophezeiung des „Frankischen Courier“, daß in der Landtagswahl der Freisinn beweisen werde, daß er noch nicht überwunden sei, zu Schanden geworden. Aber nicht bloß dem Cartell ist eine Niederlage ohnegleichen bereitet worden, sondern auch das vorstinsthliche Wahlgesetz, das indirecte Wahlverfahren und — nicht in letzter Linie — die verwerfliche Wahlbezirks-Geometrie unseres hochlöblichen Magistrats ist gerichtet. Das Mißverhältniß zwischen Urwählerstimmen und Wahlmännerzahl ist in die Augen springend. Von etwas über 21,000 Wahlstimmen treffen auf die Socialdemokratie fast zwei Drittel, trotzdem muß sie sich mit 143 Wahlmännern gegen 116 begnügen. Nach der abgegebenen Stimmenzahl gebührten ihr mindestens 170. Hätten übrigens alle Wahlberechtigten abstimmen können, wären nicht viele Hunderte von Wählern als „nicht eingetragen“ von den Urnen zurückgewiesen worden, hätten nicht mehrere Tausend wegen des ganz enormen Andranges in den Vorstadt-Wahllokalen gänzlich auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichten müssen, so wäre unsere Wahlmännerzahl eine um 28 Köpfe und die Zahl der Stimmen um wenigstens 3000 höher. In Fürth stellt sich das Wahlergebnis bis jetzt folgendermaßen: In drei Bezirken hat unsere Partei gesiegt, in einem die „Partei Langhans“, in fünf findet heute Nachwahl statt. Für letztere ist eine Einigung zwischen der „Partei Langhans“ und den Freisinnigen zu Stande gekommen, so daß das Cartell hofft, die Socialdemokraten in diesen 5 Bezirken zu besiegen; es werden in jedem Bezirke drei Freisinnige und vier der „Partei Langhans“ gewählt. Die Volkspartei hat ihre Candidaturen zu Gunsten der Socialdemokraten zurückgezogen. Im achten Bezirke, wo wir im ersten Gang die relative Mehrheit hatten, wurden gestern beim zweiten Gange 142 natl., 139 socialistische und 20 freisinnige Stimmen abgegeben. In München II siegte, wie bekannt, die Socialdemokratie mit 48 gegen 38 ultramontan-liberale Wahlmänner. In München I werden bis jetzt von 340 Wahlmännern 206 für die Liberalen, 84 für die Socialdemokraten, 40 für die Ultramontanen gezählt. In Schwabach wurden sämtliche von der Volkspartei aufgestellten Wahlmänner mit Hilfe der Socialdemokraten gewählt. In Bamberg (Stadt) siegten in 4 Bezirken die vereinigten Liberalen (in 2 bei der Nachwahl durch socialdemokratische Hilfe), in 6 die Klerikalen. In Weißenburg sind 10 volksparteiliche Wahlmänner gewählt. In Kelheim sind 2 der gewählten Wahlmänner für den Compromiß, 3 für Sigl, 3 für das Centrum. In Augsburg wurden in 12 Bezirken 69 liberale, in einem Bezirk 5 ultramontane und in 2 Bezirken 11 socialdemokratische Wahlmänner gewählt. 5 Bezirke fehlen noch. In der Nachwahl ist der Sieg der Liberalen wahrscheinlich. In Hof schließlich wurden 6 socialdemokratische Wahlmänner gewählt.“

Unser Münchener Parteiorgan bemerkt zu den Wahlergebnissen: „Die Socialdemokratie hält — zum Leidwesen der Nachhaber und aller Klassen- und Interessenpolitiker, zur Freude des Volkes und aller nach vorwärts strebenden Elemente — ihren Einzug in die Vertretung des Bayerlandes.“

„Damit ist auch das Bedeutende erreicht, daß

Eine der alten Parteien mehr die Mehrheit hat, so daß das Jünglein in zahlreichen Fällen in den Händen der Socialdemokraten und — der Bauernbündler sein wird.

Es ist jetzt nicht der Augenblick, über alle möglichen Folgen dieser Verschiebung der Landtagsverhältnisse längere Betrachtungen anzustellen. Für heute genügt die Thatsache, daß es mit dem „gemüthlichen“ Stillleben in der Prannersgasse nun ein für allemal vorbei ist, daß die stagnierenden Kammergewässer endlich in Bewegung gebracht werden und daß an der Stelle, wo bisher ausschließlich fremdliche ödeste Kirchthürme, Personen- und Interessenpolitik getrieben worden ist, die großen Gesichtspunkte des politischen und socialen Lebens nicht langer unterdrückt werden können.

So sind unsere Erfolge ein großer Sieg für uns und ein schwerer Schlag für unsere Gegner, — weit größer und folgenschwerer, als die bloßen Zahlen ihn ausdrücken vermögen. Eine nahe Zukunft wird es lehren!

Darum hat das werththätige Volk, haben alle Frei denkenden und Freiheitlichgesinnten, haben vor Allem die Socialdemokraten alle Ursache, sich des Sieges vom 5. Juli zu freuen — eben so, ja mehr noch als dessen, den wir am 15. und 26. Juni errungen. Und daß wir ihn zu nützen wissen werden, dessen können unsere Freunde wie unsere Gegner gewiß sein.

Die Antijemiten unter sich. Die Eblen von der antejemitenischen Klassenpartei liegen sich in gewohnter Weise in den Haaren. Das Stöcker'sche Blättchen „Volk“ halbt sich weidlich mit Böckel und der „Staatsbürger Ztg.“ herum. Es schreibt unter der Ueberschrift „Eine Abrechnung mit Herrn Dr. Böckel“:

„Unsere Leser wissen, daß Stöcker's Niederlage im Reichstagen dadurch verschuldet worden ist, daß Katholiken und Antijemiten überwiegend für Dreier gestimmt haben. Obwohl Herr Dreier Vorstandsmitglied des evangelischen Bundes und ausgeprägter Judenfreund ist. Wir haben zahlmäßig angewiesen, wie in einzelnen Ortsschaften sämmtliche Stimmen für Böckel im zweiten Wahlgange auf den national-liberalen Candidaten übergegangen sind. Böckel giebt dies im „Neigebirg“ auch unumwunden zu. Aber er bestritt, daß er keine Wähler dazu angewiesen habe. Wir hatten nämlich diesen wohl begründeten Vorwurf gegen ihn erhoben. Er erwidert darauf in Nr. 621 des „Neigebirg“:

„Ganz unverständlich und nur vom bösen Willen herrührend, sind die Beschuldigungen der Stöcker'schen Zeitung gegen uns. Läßt sie behaupten, daß wir unseren Vertrauensmännern die Wahlpapire ausgegeben hätten: Gegen Stöcker, für Dreier. Ein jeder deutsche Mann muß sich so solcher Geistesblindheit schämen. Das ist ein ganz Unwahres, denn wir haben überhaupt keine Wahlpapire ausgegeben.“

Der letzte Satz ist nicht von uns, sondern von Herrn Böckel selbst gebildet worden. In Nr. 622 wiederholt er seine verheerende Behauptung und fügt hinzu, er habe „seinen Wählern überlassen, sich zu entscheiden.“ Wir fragen nunmehr bei Herrn Böckel an, wie sich mit diesen seinen Behauptungen der Inhalt folgender Postkarte deckt, die er an seinen Vertrauensmann in Feudingen, Kreis Bietigheim, vor der Stichwahl geschickt hat:

Gebiet Herr ... Bitte, senden Sie mir Wahlzettel. Ich erwarte die Parteigenossen, bei der Wahl Mann für Mann zu stimmen. Deutscher Gruß! Ihr Otto Böckel.“

Was liegt die in Gegenwart von drei Zeugen gefertigte Abschrift der Postkarte vor. Der Name des Adressaten ist uns selbstverständlich bekannt. Wir werden ihn sofort veröffentlichten, wenn Herr Böckel gegen die Richtigkeit dieser Darstellung etwas einwenden sollte.

An die Antijemiten, die bisher der Führung Doctor Böckel's gefolgt sind, richten wir die Anfrage, wie sie gethan und sich fernverhin zu einem Manne zu stellen, der uns fallen Gutes Unwahrheit vorwirft und selbst so mit der Wahrheit umgeht.

Auch wir der „Staatsbürger Zeitung“ haben wir ein Wort zu sprechen. In ihrem Bericht über die von Stöcker am 30. Juni gehaltenen Rede war folgendes zu lesen:

„Das Schlimmste aber ist, daß selbst bei der Stichwahl Herr Böckel seine Leute gegen mich commandirte und für einen Judenfreund stimmen ließ. (Rufe: Psui! Gemeinbart!) Das ist durch die Erklärung Böckel's im „Reichsbote“ als unwahr erwiesen. Die Red.“

Wie wenn Böckel etwas erklärt, so ist es nach Ansicht der Redaktion der „Staatsbürger Zeitung“ damit „erwiesen“. Und wenn Stöcker oder „Das Volk“ etwas behauptet, was mit der Erklärung Böckel's im Widerspruch steht, so sagen Stöcker und „Das Volk“ die Unwahrheit. Wir können die „antijemitenische „Staatsbürger Zeitung“ natürlich nicht hindern, Herrn Böckel's Glaubwürdigkeit so hoch, und Stöcker's wie die unartige so niedrig wie möglich einzuschätzen. Nur meinen wir, daß sie im vorliegenden Falle sachlich die Wahrheit richtig gebandelt hätte, wenn sie mit ihrem Artikel etwas weniger vorschnell bei der Hand gewesen wäre, zumal nachdem sie gelegentlich der Angriffe Böckel's gegen den Grafen Waldersee ein geradezu vernichtendes Urtheil über ihren jetzigen Vertrauensmann gefällt hatte. Stöcker wird es übrigens recht gleichgültig sein, daß, nachdem die Juden ihm so oft Unwahrhaftigkeit vorgeworfen haben, dies auch einmal seitens „reiner“ Antijemiten geschehe.

Recht-Gesellschaft das, nicht wahr?

Die Folgen der wahnsinnigen Ueberproduction kommen auch beim Ziegeleibetrieb zum Vorschein. Die „Voss. Ztg.“ schreibt:

„In Berlin tagte eine außerordentliche General-Versammlung des Vereins von Ziegeleibesitzern der Provinz Brandenburg. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung beschloß Angesichts der traurigen Geschäftslage einstimmig, die sämmtlichen Ziegeleibetriebe am 15. August bezw. 1. September zu schließen und mit der Production aufzuhören.“

Als die Abänderung der Gewerbeordnung im Reichstagen berathen wurde, waren es die Ziegeleibesitzer, welche sich am meisten gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder sträubten. Sie wußten tausend und mehr Gründe vorzubringen, um Beweise dafür, daß in Ziegeleien lange Tage gearbeitet werden müsse, obwohl die Regierung damals sich gegen die langen Arbeitsstage aussprach. Ein Regierungs-Präsident der westlichen Provinzen hielt einen 11stündigen Arbeitstag für die Grenze, bis zu welcher gegangen werden dürfe. Die Behörden der Regierungsbezirke Düsseldorf und Magdeburg und die Fabrikaufsichtsbeamten von Strassburg hielten eine 10stündige Arbeitszeit für ausreichend. Die Ziegeleibesitzer setzten es trotzdem beim Bundesrathe durch, daß sie Frauen und junge Leute im Alter von 14 bis 16 Jahren von 4 1/2 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends beschäftigen dürfen, wenn die wöchentliche Arbeitszeit 70 Stunden nicht übersteigt. So können sich nun die Arbeiter im Frühling und im Sommer halb todtarbeiten, und sind dafür im Herbst und Winter arbeitslos und müßig darben. Das ist der Wettlauf in dieser herrlichsten der Welten.

Conservative Arbeiterfreundschaft. Wie es unseren Arbeitern geht? Mit pharisaischem Augenaufschlag ruft so der „Oberöschl. Anz.“ und erzählt folgende Vorgeschichte:

„Auf dem Bahnhöfe der Nachbarschaft, auf dem sich Sonntag Abend die Nebenarbeiterinnen aus dem Rübner und Gleiwitzer Kreise einfanden, um von da an ihre Arbeitstätten im Rübner Kreise und Leobschütz Kreise zu fahren, hatten wir Gelegenheit zu sehen, wie beschreiben und genüßsam diese Leute leben, indem sich jedes Mädchen zwei Flaschen „Kulmbacher“ und mehrere Paar Würstchen geben ließ. Es soll diese Abzug bei jeder Durchfahrt genommen werden, wie uns mitgetheilt worden. Vor wenigen Jahren war das noch anders: da nahmen die Mädchen aus dem elterlichen Hause ein Brot und mehrere Käse mit; heute ist das Einfach- und Borspazier nicht mehr auf genug; es muß „Gütes“ sein! Und da klagten diese Leute noch über schlechte Zeiten und schlechte Löhne!“

Wenn wirklich diese Schauer Geschichte, die das Organ der Grubenbarone und Schnapsbrenner erzählt, wahr wäre, so ist es immer erfreulicher, daß ein armes Rübnermädchen, das in schwerster Arbeit bei Hungerlöhnen sich abrackern muß, auch einmal eine vergnügte Stunde hat, als wenn die Kornwucherer und Wollbarone auf Kosten der Landarbeiter in Genüssen erstickten. Natürlich ist das Ammenmärchen des „Oberöschl. Anzeigers“ gerade so wahr, wie die alten Gründerzeit-Lügen von Champagner trinkenden Backsteinmaurern. — Denn die jammervolle Bezahlung der von den Zuckerkönigen ausgebeuteten Mädchen erlaubt ihnen nicht den „Luuz“ von, man schaudere, zwei Flaschen Kulmbacher und mehreren Würstchen.

Pfäffische Unzulänglichkeit. In Elberfeld ist einer Parteigenossin, die am Wahltag socialdemokratische Stimmzettel vertheilt hat, vom katholischen Kirchencollegium mit Ausschluß aus der Kirche gedroht worden. Vernünftiger Weise hat die Genossin den Herren Kirchenvorstehern die Umständlichkeit der Excommunication dadurch vom Hals genommen, daß sie ihnen ihren freiwilligen Austritt aus der Kirche anzeigte.

Hungerlöhne. Für eine Sorte kleine Stickerien zählt die Spielwaarenfabrik von Schmidt und Römer, Q.-Neubau, Leipzigerstraße, pro Stück 1/2 Pfennig. Eine geübte Stickerin ist im Stande, 4 solcher Stickerien in der Stunde zu fertigen. Das ergibt einen Stundenlohn von 2 Pfennigen und bei 10stündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von 20 Pfennigen.

Gugen Richter's iparjame Agnes würde freilich bei solcher Entlohnung noch ihre Ausstattung zusammen bekommen.

Ausland.

Italien.

Der Papst über die sociale Frage. Rom, 7. Juli. In einigen Tagen wird die längst erwartete neue Encyclica des Papstes über die sociale Frage erscheinen. Leo XIII. hat den Rath der Bischöfe über diese Frage eingeholt, in deren Sprengeln der Socialismus in Rede steht. Auch die katholischen Abgeordneten Deutschlands und Frankreichs, die sich in letzter Zeit in Rom aufhielten, sind befragt worden. In der Encyclica schreibt der Papst vor, wie sich der Episcopat und der Clerus

ber anstürmenden Demokratie gegenüber zu verhalten haben.

Wie der „heilige Vater“ die sociale Frage lösen wird, kann man an den Fingern abzählen — nämlich durch den Glauben.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber die Wiener Wahlrechts-Demonstrationen, die am Sonntag stattfinden werden, schreibt man einem bürgerlichen Blatte, der „Vossischen Zeitung“, aus der österreichischen Hauptstadt:

„Die Bewegung für die Einführung des allgemeinen und directen Wahlrechtes zum Reichstage nimmt unter der Arbeiterbevölkerung Oesterreichs großen Umfang an. Am 9. Juli werden die Socialdemokraten in Wien eine gewaltige Kundgebung veranstalten. Es war bereits die Woche vorher beim Bürgermeister die Ueberlassung der Volkshalle und des Arkadenhofes des Rathhauses zu diesem Zweck nachgesucht worden, doch hatte dieser die Genehmigung verweigert, obwohl die Volkshalle bisher zu allen genossenschaftlichen und selbst zu antisemitischen Kundensammlungen bewilligt worden war. Ebenso hatte die Statthalterei die Abhaltung der Versammlung auf dem großen Plage vor dem Rathhause verboten. Die socialistischen Blätter hatten auf das Ungünstliche dieser Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes hingewiesen und rundweg erklärt, die Arbeiter würden auch ohne Genehmigung vor dem Rathhause zusammenkommen. Im Wiener Gemeinderathe fanden sich mittlerweile Stimmen, die darauf hinwiesen, daß man den Arbeitern nicht verweigern könne, was bisher allen anderen Bevölkerungsklassen gestattet worden, und als die socialistische Parteileitung ein neues Ansuchen einbrachte, in dem sie sich verpflichtete, 2000 Ordner zur Aufrechterhaltung der Ruhe zu stellen, bewilligte sowohl die Statthalterei, wie die Stadtvertretung das Gesuch. Am 9. Juli werden daher die Arbeiterbataillone in der Stärke von 12—15 000 Mann vor dem Rathhause aufmarschiren und ihrem Verlangen nach dem allgemeinen Wahlrechte Ausdruck geben. Es ist der erste Fall in Wien, daß auf offenem Plage, mitten in der Residenz, Tausende behufs Abhaltung einer gesetzlich gestatteten Versammlung zusammenkommen dürfen, und man glaubt mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß die Ruhe gewahrt bleiben wird. Die großen Aufzüge am 1. Mai, die sich seit Jahren in bester Ordnung vollziehen, haben gezeigt, daß die Arbeiterführer die Massen vollkommen in der Gewalt haben. Im Falle der Verweigerung wären dagegen Tumulte, wie kürzlich in Brünn und Prag, sicher gewesen.“

Frankreich.

Die Pariser Arbeitsbörse ist nun von der Regierung dennoch geschlossen worden. Der Conflict entstand bekanntlich dadurch, daß die Gewerkschafts-syndikate, die in dem Gebäude ihren Sitz haben, sich weigerten, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 1884 ihre Statuten, Mitgliederverzeichnis etc. bei der Polizei einzureichen. Ueber dieses Gesetz, das die Pariser Arbeiter aufs energischste bekämpfen, schreibt die „Vossische Zeitung“ in einer Pariser Correspondenz:

Das 1884er Gesetz kann kaum als Fortschritt betrachtet werden. Es verpflichtet die Fachvereine, Satzungen und Mitglieder u. s. w. der Polizei anzuzeigen und stellt sie unter Aufsicht. Es gewährt ihnen zwar das Recht juristischer Personen, jedoch unter vielerlei Beschränkungen. Namentlich ist ihnen Vermögenserwerb schwer gemacht, Grundeigenthum dürfen sie genau nur so viel besitzen, als sie zur Erfüllung ihres Zweckes benutzen können. Wohl nicht mit Unrecht sagen daher die Fachvereine: ohne das Gesetz waren wir besser daran. Die Fachvereine sind seit den zwanziger Jahren entstanden, mehrten sich aber erst unter dem Kaiserreich in größerem Maßstabe, wurden von der damaligen Regierung schonend behandelt. Ja, sie erlangten die öffentliche Anerkennung, da die Behörden öfters ihr Gutachten einholten und mit ihnen unterhandelten. Die Beschränkung des Vermögenserwerbes trifft gerade die Arbeiter- und Fachvereine am härtesten. Die Fachvereine der Arbeitgeber können jederzeit beliebig große Summen aufbringen, deshalb steht jetzt der geldmächtige Fachverein der Droschkenbesitzer dem aller Mittel entblöhten Fachverein der Kutsher gegenüber. Diese sind erbittert, weil die Polizei den Besitzern gestattet hat, sie durch Leute ohne Fahrschein zu ersetzen. Einige Tausend Kutsher sind daher außer Brot gesetzt, wodurch die Heerschaar der Unzufriedenen, aufrührerisch Gesinnten jedenfalls nicht vermindert wird.

Die Schließung der Pariser Arbeitsbörse ist heute der französischen Kammer zur Sprache gekommen. Der Telegraph meldet darüber:

Paris, Sonnabend. Deputirtenkammer. Beratung der angekündigten Interpellationen. Paulin-Méry interpellirte über die Schließung der Arbeitsbörse und warf der Regierung vor, aus der Agitation eine Meute gemacht zu haben, um den Truppen die Thore von Paris zu öffnen (Murren im Centrum, Beifall auf der äußersten Linken.) Dreifus interpellirte alsdann über die Unruhen im Quartier Latin und hob tadelnd hervor, daß die Polizei ein wahres Blutbad angerichtet habe. (Lebhafte Protestrufe im Centrum.) Der Ministerpräsident Dupuy bezeichnete diese Anschuldigungen als vollständig unbegründet. Dreifus tadelte hierauf das Eingreifen der bewaffneten Macht, deren einzige Aufgabe sei, das Vaterland zu verteidigen, nicht aber auf das Volk zu schließen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Tony Revillon erklärte, die Arbeitsbörse sei geschlossen worden, ohne die Entscheidung des Gerichtshofes abzuwarten und ohne daß man genügende Beweggründe gehabt habe, denn unter den Meuterern habe sich auch nicht ein einziger Arbeiter befunden. Die Arbeiter seien der Republik zugethan. (Beifall.) Der socialistische Deputirte Dumay verlangte, daß die Regierung in Anklagezustand versetzt werde. (Beifall auf der äußersten Linken und auf den Tribünen.) Der Ministerpräsident Dupuy sprach sein Bedauern über die traurigen Vorgänge der letzten Tage aus. (Heftige Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Dreifus habe die Vorfälle im Quartier Latin ganz übertrieben dargestellt. Dupuy legte sodann die thatsächlichen Vorgänge in der Umgebung der Charitee dar und sagte bezüglich der Arbeitsbörse, der Charakter des Instituts habe sich geändert. Die Arbeitsbörse sei eine Gefahr für die Arbeiter selbst geworden. (Protestrufe auf der Linken.) Die Syndicate hätten sich geweigert, sich dem Gesetze zu unterwerfen, trotz einer ausdrücklichen Aufforderung der Regierung und trotzdem ihnen eine Nachfrist hierzu gewährt sei. Die Truppen seien herangezogen, weil die Anwesenheit derselben allein genügen sollte, die Ordnung wieder herzustellen. (Beifall.) (Zuruf Méry's: „Sie sind ein Stambulow.“) Dupuy schloß, die Regierung habe ihre Pflicht gethan, indem sie das Gesetz verteidigte, und sie verdiene auch die Achtung ihrer Mitbürger. (Anhaltender Beifall im Centrum, welches dem Ministerpräsidenten eine lebhaftere Ovation bereitet.) Millerand behauptete, die Regierung habe durch die Schließung der Arbeitsbörse das Gesetz verlegt. Sie halte die den Arbeitern gemachten Versprechungen nicht. Der Minister wisse nicht, wohin die Politik der Provocationen und der Beschimpfungen der Arbeiter führe. (Lebhafte Protestrufe auf der Ministerbank.) Brisson warf der Regierung vor, daß sie Zwietracht unter die Republikaner säe, und protestirte gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Der Ministerpräsident Dupuy versprach sodann, daß die Polizei reorganisiert werden solle. Hierauf wurde mit 343 gegen 144 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, durch welche die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Ernest Roche verlangte die Dringlichkeit für den Antrag, den Ministerpräsidenten Dupuy in Anklagezustand zu versetzen. Die Vorfrage wurde mit 341 gegen 44 Stimmen votirt und somit der Antrag Roche's abgelehnt.

So wäre die Sache also von der Kammer vorläufig bei Seite geschoben. In Paris herrscht vollständige Ruhe.

England.

Das englische Unterhaus debattirte am 6. Juli, wie „Wolff's Telegraphenbureau“ meldet, über den § 5 der Homerule-Vorlage. Mehrere Amendements, die darauf abzielten, das Veto des Vicelönigs wirksamer zu machen, wurden mit Mehrheiten von 42 und 46 Stimmen abgelehnt. Darauf beantragte Wolmer ein weiteres Amendement, welches den gleichen Zweck hatte. Die Regierung bekämpfte es. Balfour griff die Regierung auf das bestmögliche an, indem er unter vielen lebhaften Unterbrechungen seitens der Ministeriellen erklärte, daß die Regierung die Discussion erlöse und die Rechte der Minorität mit Füßen trete. Um 10 Uhr unterbrach der Vorsitzende die Debatte, worauf das Amendement Wolmers mit 324 gegen 286 Stimmen abgelehnt wurde. (Lebhafte Bewegung; die Ministeriellen und Nationalisten erhoben sich von ihren Sigen und schwenkten die Hüte. Schließlich wurde der § 5 mit 324 gegen 289 Stimmen angenommen. Der § 6, welcher die Zusammensetzung des legislativen

Raths feststellt, wurde sodann mit 315 gegen 300 Stimmen angenommen. Diese Verringerung der Regierungsmehrheit wurde von der Opposition, mit Jubel begrüßt.

Der Parlamentssecretär des Auswärtigen, Grey, gab die Erklärung, daß der Handelsvertrag mit Serbien in kürzester Frist unterzeichnet werden würde. Er enthalte die Meistbegünstigungsklausel. Im weiteren Verlaufe der Sitzung führte Gladstone aus, die Regierung werde in Folge der Opposition gegen die Ernennung des Ausschusses zur Untersuchung des landwirthschaftlichen Nothstandes eine königliche Commission einsetzen.

Berliner Neuigkeiten.

Ein Mordversuch ist am Freitag Nachmittag in Charlottenburg verübt worden. Seit dem 1. April d. J. wohnt in dem Hause Knobelsdorffstraße 5 die aus Friedebau zugezogene, am 2. Februar 1890 zu Petersburg geborene Frau Agnes Bürger, deren Gatte, ein Fuhrherr, sich zur Zeit wegen Urkundenfälschung im Gefängnis Plözensee befindet. Frau B. führte das Fuhrgeschäft allein weiter, unterstützt durch den am 1. April d. J. engagirten, am 20. October 1869 zu Neustadt in Thüringen geborenen Albert Heinz. Die Kunden des B.'schen Geschäftes wollten mit dem letzteren jedoch nichts zu thun haben, daß abstoßende Wesen des jungen Menschen scheuchte jedermann zurück und so sah sich Frau B. veranlaßt, dem Inspector S. zu kündigen. S. schrieb nun an seine Familie in Neustadt, daß er nach seinem Abgange nach Hause kommen werde, erhielt jedoch von den Geschwistern die briefliche Mittheilung, er solle nur in Berlin bleiben. Auch sonstige Versuche, sofort anderweitige Stellung zu bekommen, schlugen dem jungen Menschen fehl. Am Donnerstag Nachmittag brachte S. seine Sachen zu einer in Berlin wohnenden Schwester, kehrte am Abend nach Charlottenburg zurück und verblieb die Nacht in der Bürger'schen Behausung. Am Freitag Vormittag traf ein Fuhrwerksbesitzer Walter nebst erwachsenem Sohn zur Unterstützung der Frau B. aus Friedebau ein; am Nachmittage sahen diese Personen, wie Heinz in der Küche sitzend mit einer Feile ein Messer schärfte. Bald darauf begab sich der alte Herr W. in den Stall, sein Sohn Carl auf die Straße hinaus. Da ertönte gegen 3 Uhr aus der Küche gellende Hilferufe der Frau Bürger und die beiden sofort nach dort eilenden Männer sahen nun, wie Heinz blindlings auf die Frau Bürger losstach. Beim Eintritt der Beiden in die Küche stieß der Mordthäter das Messer der B. in den Rücken und erlitt die Flucht; sofort eingeholt ließ der Bursche sich willenslos festnehmen. Bei der durch die Criminalpolizei vorgenommenen Untersuchung ergab sich das überraschende Resultat, daß auch Heinz an Kopf und Schulter sechs frische blutende Stichwunden aufwies; er kann sich dieselben nach dem Mordversuch unmöglich beigebracht haben, S. behauptete, daß böse Männer ihn gestochen hätten und ihn haben vergiften wollen. Wie uns der Bruder der schwer verletzten Frau Bürger, die sofort nach dem Charlottenburger Krankenhaus überführt wurde, mittheilt, hat Heinz schon früher Spuren geistiger Störung gezeigt, wie auch sein ganzes Wesen ein anormales war. Auffallend ist stets seine Schlarfucht gewesen; früher, bis vor Jahresfrist, hatte Heinz stark getrunken, seitdem jedoch dem Genuß von Spirituosen nur mäßige gehuldigt, so daß Delirium tremens ausgeschlossen erscheint. Was die Veranlassung zu dem unbedingt geplant gemessenen Morde gewesen, dürfte sich herausstellen, sobald Frau B., die nicht unbedingt lebensgefährlich verletzt, vernehmungsfähig ist.

Eine zweite Bluthat ist genau um dieselbe Zeit in Moabit verübt worden. In dem Wirthshause „Germania“ am 22. Moabit 15. war gestern Nachmittag um 8 Uhr die 22 Jahre alte Dienstmagd Marie Treppe mit Kartoffelschalen beschäftigt. Zu dieser Berrichtung nahm sie merkwürdiger Weise ein großes scharfkantiges Zerlegemesser. Da die Kartoffeln nicht gut geschält waren, so kam es zwischen dem Mädchen und dem 25 Jahre alten Koch Hans Heidenreich zu einem Wortwechsel. Die Magd wurde derart wüthend dabei, daß sie, als der Koch wieder am Feuerherd stand und einen Tiegel in der Rechten hielt, mit dem Messer auf ihn losstürzte und ihm mit einem wüthigen Giede die rechte Hand vom Arme fast völlig abtrennte. Heidenreich mußte nach dem Krankenhaus abbracht werden, während die wüthende Frauensperson durch die Polizei festgenommen wurde. Charakteristisch für die Magd ist der Umstand, daß sie vor ihrer Festnahme erst zu einer Brennschere griff, um sich das Haar zu kräuseln.

Ueber eine dritte Bluthat wird aus der Grenadierstraße gemeldet, daß gestern Nachmittag unbekannt gebliebene Männer auf der Straße in Streit geriethen und einen von ihnen derart anscheinend mit Knütteln bearbeiteten, daß wenig Aussicht besteht, ihn am Leben zu erhalten. Der Verletzte, der noch nicht vernehmungsfähig ist, hat entlegene Verletzungen am Genick. Wie wir hören, ist Aussicht vorhanden, die Thäter zu ermitteln.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juli 1893.

[Freisinnige Parteiverhältnisse.] Am Freitag haben sich officiell die beiden Richtungen in der freisinnigen Partei geschieden. Die Mehrheit der freisinnigen Parteigänger schworen der freisinnigen Volkspartei den Fahneid, während nur ein kleinerer Theil der freisinnigen Vereinigung Heeresfolge zu leisten gedenkt. Die Versammlung, wo die beiden „freisinnigen“ Richtungen ihren wehmüthigen Abschied vollzogen, tagte im Café restaurant auf der Carlsstraße. Es war eine Generalversammlung des „freisinnigen“ Wahlvereins, welcher in seiner amtlichen Eigenschaft, das heißt mit Majorität, beschloß des großen Richter's Volkspartei

sich zuzugesellen. Bei der letzten Umarmung versicherten sich allerdings die Scheidenden Brüder, daß trotz des Unterschiedes zwischen Wadelstrumpf und Wasserstiefel die Seelenharmonie die Waffenbrüderschaft besiegele. Man wird, wie man sagt, unter der Devise: „Die Trennung ist vollzogen, es lebe die Waffenbrüderschaft!“ den schweren Kampf gegen Reaction und Utopie führen und mit der Utopie meinen nach ihrem Herrn und Meister Eugen Richter die freisinnigen „Philosophen“ den Socialismus. Dabei vergessen aber die guten Deutschen, daß die freisinnige Vereinigung mit dem rechten Fuß bereits im Lager der Reaction steht, während zum Zwecke der Mitgliederförderung die „Volksparteier“ mit Vorliebe zeitweilig nach links ganz bedenklich der „Utopie“ nahe tapplen. — Nun, wir wünschen unseren Breslauer „freisinnigen“ Richtungen Glück und unseren Segen sollen sie auch noch bei ihren Freierrgange haben. Es will uns nur scheinen, als ob die alte Megäre Reaction ebenso wenig Schmach an den freisinnigen Zwittern fände wie die Jungfrau „Utopie“. Das ist das Schicksal des nicht kalt und nicht warmen, man speit es aus! der 15. Juni bewies es ja auch

[Seltene Feier.] Heute Dienstag, den 11. Juli cr., feierte der Schneidermeister Julius Grigann mit seiner Ehefrau Dorothea das Fest der goldenen Hochzeit, und zwar in äußerst feierlicher Weise; denn Grigann zählt bereits 81 Jahre und hat in diesem Jahre schon das 50jährige Bürgerjubiläum begangen; seine Ehefrau ist 75 Jahre alt.

[Berufungen gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer.] so wird officiell geschrieben, seitens der Reclamanten vielfach an für deren Entscheidung nicht zuständige Stellen gerichtet, obwohl im Einkommensteuergesetz selbst, wie auch in den Ausführungsbestimmungen und endlich auch in den Mittheilungen über die erfolgte Veranlagung genau angegeben ist, welche amtliche Stelle zuständig ist. Uebrigens sind durch das Einkommensteuergesetz die Bestimmungen über die Verjährungsfristen bei Berufungen zu Ungunsten der Steuerpflichtigen keineswegs abgeändert. Die Vorschrift des § 3 des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 ist durch das Einkommensteuergesetz nicht berührt und nach dieser hat, sofern sich der Reclamant an eine incompetent Behörde wendet, die letztere das Recurs-Gesuch an die competente Behörde abzugeben, ohne daß dem Reclamanten die Zwischenzeit auf die Frist anzurechnen ist. Das Ober-Berwaltungsgericht hat übrigens bereits in diesem Sinne entschieden.

[Residenz-Sommer-Theater.] Heute Dienstag Abend tritt der geschätzte und gefeierte Gast Josef Josephi zum letzten Male in dieser Saison im Residenz-Sommer-Theater auf; dieses letzte Gastspiel bildet gleichzeitig das Abschieds-Benefiz für den beliebten Künstler, der in seltenem Maße verstanden hat, die allseitige Günst des Publikums sich zu erringen. Zur Ausführung gelangt die populäre Operette „Der Vogelhändler“, in welcher Josephi als Adam stets den stärksten Beifall errungen und die größten Triumphe davongetragen.

[Ober-Schiffahrt.] Der Bau der neuen Schleuse bei Thiergarten nimmt bei dem günstigen Wetter einen guten Fortgang. Außer einer größeren Zahl von Maurern sind gegen 150 Schachtarbeiter beschäftigt. Nach dem Entwurf wird der Innenraum der Schleuse 18 Meter breit und 75 Meter lang werden, sodas zwei große Frachtschiffe bequem nebeneinander werden liegen können. Diese Woche wurde bereits mit der Ausführung einer Seitenwand begonnen. Die Seitenmauern ruhen auf einer 4 Meter breiten und 3 Meter tiefen Kalkstein-Grundlage, sie werden von Ziegeln hergestellt und am Grunde 3 Meter breit sein. Nach oben zu verjüngen sich dieselben in Absätzen, sodas die oberste Breite 1 Meter nicht übersteigen wird. Viel Hindernis bereitet das mit Gewalt aus der Tiefe hervorquellende Grundwasser. Um dieses zu entfernen, ist eine in der Nähe des Schachtes aufgestellte große Pumpmaschine fortdauernd thätig. Als Canal von der oberen Oder nach der Schleuse wird mit Umgehung des Oberwehres der auf dem rechten Oberufer (in der Nähe des Wehres) liegende Teich benützt werden. Zu diesem Zweck wird derselbe quer durchschnitten, sein linker Theil zugeschüttet und der rechte Flügel so tief ausgehaggert werden, daß er als Fahrstraße benützt werden kann. In der Nähe des Schachtes sind bereits neu hergestellt worden ein statliches, villenartiges Schleusenmeisterhaus, sowie ein zu diesem gehöriger Schuppen nebst Stallung. Die Schleuse soll im Jahre 1895 vollendet sein.

[Warnung zur Corrosion.] Das Scheuern von Fensterblechen mit verdünnten Säuren hat kürzlich auf der Dglauerstraße dadurch Schaden veranlaßt, daß

mehrere unterhalb aufgespannte Marquisen von der herabstehenden Säure durchlöchert wurden.

[Flurfeuer.] Am 10. d. M., Vormittags gegen 11 Uhr, gerieth in der Nähe der Hundsfelder Brücke an dem Oderdamm eine größere Fläche Gras, wahrscheinlich in Folge fahrlässiger Brandstiftung in Flammen. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr erlosch in kurzer Zeit den Brand.

[Schwindler.] Am 8. d. M., Abends, schickte eine Am Weidenbamm wohnende Arbeiterfrau ihren 12jährigen Sohn nach der Stadt, um Einkäufe zu besorgen. An der Mauritiusbrücke trat ein unbekannter Mann an den Knaben und schwindelte ihm 2 Mark ab, mit denen er nach dem Ohlauufer zu die Flucht ergriff. Der Unbekannte war groß, schlank und trug graue Ballonmütze, graues Oberhemd und graue englische Beinkleider.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden wurden: Ein Colli Messelkoff, gez. M. G. 2607, eine goldene Damenuhr, ein Zehnmarkstück und ein Portemonnaie mit 60 Mark Inhalt. — Verloren wurde: Ein Leinwandtäschchen mit 42 Mark Inhalt. — Gestohlen wurde: In der Nacht vom 8. zum 9. d. M. einem auf der Zietenstraße wohnenden Tischhauer eine Börse mit 23 Mark Inhalt. — Verhaftet wurden am 8. und 9. d. M.: 117 Personen.

Schlesien.

Sauer, 8. Juli. Von der Dürre. Sittlichkeitsverbrechen. Die Dürre nimmt immer mehr überhand. Das Vorwerk Hellwingshof hat sich eine häßliche Spritze geliehen und entnimmt mittelst Saugschläuchen Wasser aus den nahen Flussetten und überfließt damit die Kleefelder. Die Leibgebühr soll pro Tag über 20 Mk. betragen. — Ein Monteur aus Breslau, ein junger, verheirateter Mann, lockte drei Mädchen nach einem Getreidefelde und machte sich eines Sittlichkeitsverbrechens schuldig. Derselbe wurde von der Polizei verhaftet; er soll sich früher schon drei Mal ähnlicher Vergehen schuldig gemacht haben.

Aus den Nachbarprovinzen.

Bromberg, 7. Juli. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurden 30 000 Mark für die Vorarbeiten zur Wasserleitung und Canalisation bewilligt. Zu den Vorarbeiten für die Canalisation u. sind von den Stadtverordneten schon in den Jahren 1891 und 1892 10 000 Mark bewilligt, von dieser Summe sind auch schon 8248 Mark verausgabt worden. Jetzt soll nun noch eine Quantitätsprobe des Wassers von einer in der Jasiniecer Forst einzurichtenden Tiefbrunnenanlage vorgenommen werden. Die Kosten hierfür sind auf 15 000 Mark, die Kosten für die Vorarbeiten des Klärwerksprojekts auch auf 15 000 Mk. veranschlagt worden.

Parlaments-Berichte.

Original-Berichte der „Volkswacht“.

Reichstag.

4. Sitzung.

Sonnabend, 8. Juli — 11 Uhr.

(Schluß.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Vorredner hat eine Reihe Fragen wichtiger Natur angeregt, auf welche die Regierung nur mit aller Reserve antworten kann. Es hat der Vorredner die Deckungsfrage besonders betont. Ich würde aber glauben, die Vorwürfe des Abg. Groeber zu verdienen, wenn ich darauf mich anders äußern wollte, wie schon gestern. Ich habe bereits gestern erklärt, daß ich in der nächsten Besprechung der Börse einwenden bin mit dem Abgeord. Bödel. Wenn ich sagen wollte, ich stimme ihm zu in der Bestreuerung reicher Leute, so würde es sich doch sofort fragen, ob der Begriff der „reichen Leute“ beim Vorredner und bei der Regierung übereinstimmt. Vom Schuldenmachen bin ich auch kein Freund; ich würde es gern sehen, wenn die Schulden des Reichs amortisiert würden; aber es leuchtet doch sofort ein, daß dadurch die Militärbeiträge ganz erheblich anwachsen. Es liegt für den Vorredner kein Grund vor, sich wegen der Deckungsfrage zu beunruhigen. Die Regierung wird sich bemühen, in möglichster Uebereinstimmung mit der Volksovertretung die Deckungsfrage zu erledigen.

Abg. Richter: Meine Herren: Ich finde es sehr begreiflich, wenn diejenigen Parteien, welche Erfolge bei den Wahlen erzielt haben, dieselben möglichst herausheben. Auch die Nationalliberalen haben das getan. Gerade sie haben aber noch niemals die Probe darauf gemacht, was sie alles erreichen können. Nur auf der Krücke der Regierung haben sie ihre Erfolge erzielt. (Lauter Widerspruch.) Ja wohl, sie haben es auch diesmal wieder verstanden, zu rechter Zeit mit der Regierung zu gehen. Wir hier haben Verluste erlitten, weil wir den Krieg nach zwei Fronten haben führen müssen. Wenn wir an die Sozialdemokraten Siege verloren haben, so beweist das doch wahrlich nichts für die Militärvorlage, sondern höchstens beweist es, daß wir in der Opposition noch nicht stark genug gewesen sind. Wir können jedenfalls stolz darauf sein, daß wir es verstanden haben, bei den Wahlen an Sozialdemokraten zu apostrophieren. Anders die Nationalliberalen, sie haben sich sofort bei den Wahlen an den Bund der Landwirthe herangeschlagen. Und Herr von Bennigsen wurde nicht einmal in den Senioren-Convent gekommen sein, wenn nicht die Nationalliberalen schon bei der Hauptwahl von den Konservativen unterstützt worden wären. Diese haben schon bei der Hauptwahl nationalliberale Uniformen angezogen müssen.

Sie brauchen deshalb uns gegenüber nicht zu prahlen, wenn wir auch bei der Hauptwahl Niemanden durchdrachten. Wir beruhigen uns dabei: verloren ist nur, wer sich selbst verliert! Die Majorität der Stimmen ist im Uebrigen für die Opposition, gegen die Militärvorlage. Und wenn etwa die Majorität der Wähler für die Vorlage sein sollte, so liegt das nur an der ungerechten Vertheilung der Wahlkreise. Herr von Manteuffel rühmte sich der Erfolge des Bundes der Landwirthe. Was aber wäre dieser Bund der Landwirthe, wenn er nicht im Bunde wäre mit den Landräthen! Auch Sie, meine Herren Conservativen, haben noch nicht die Probe darauf gemacht, was Sie wären ohne die Krücke der Regierung. Noch niemals ist mehr Wahlpolitik seitens der Regierung getrieben worden als diesmal, mit Angst machen in Kreisblättern. Und dennoch ein so geringer Erfolg von höchstens ein paar Stimmen für die Vorlage! Herr Bödel ist diesmal das Finglein an der Waage! Er ist der Mann des Reichskanzlers, der diesmal entscheidet. Er ist der Herr der Situation, und die vorherige Unterredung zwischen Herrn Bödel und dem Reichskanzler wiegt alle langen Reden des Herrn v. Bennigsen auf. Und man darf erwarten, daß Herr Bödel seinen Vortheil benützt. Was er vorhin sagte, war freilich nur die künstliche Bedeckung eines Rückschlusses. Wenn vielfach der Muth der Wähler, gegen die Vorlage zu stimmen, erlaßt worden ist, so liegt das leider nicht zum Wenigsten auch an den Conflictsdrohungen, welche gerade von Freunden der Vorlage geäußert worden sind. Wir möchten, Deutschland ist stark genug und braucht sich nicht zu fürchten, wenn sich auch das geringste Lüftchen rührt. Nun kommen Sie gar schon Angesichts der Studentenkravalle in Paris mit Ihrer Angstrede. Wollen Sie schon mal auf diese Kravalle hinweisen, so erinnern Sie dann doch wenigstens auch an die beruhigenden Aeußerungen Kalnoky's während unserer Wahlbewegung! Gegenwärtig müssen die Culturaufgaben in belästigender Weise zurückgestellt werden. Das hat schon von vornherein hier und in der letzten Commission ausgesprochen. Alles muß gegenüber den militärischen Anforderungen zurückstehen. Und jetzt stimmt Herr v. Bennigsen für Alles. Er entschuldigt sich jetzt mit endlicher Erlangung der 2jährigen Dienstzeit, dieser alten liberalen Forderung, ja, wir haben sich doch aber geordert, zur Entlastung, nicht zur Belastung. Doch nun zur Steuerfrage. Das ist eine erfreuliche Klärung der Lage, das Sie jetzt alle sagen: Jetzt nur nichts von den neuen Steuern reden, sonst gefährdet das die Vorlage! Sie geben also damit zu, daß die Vorlage fallen müßte, wenn man sofort auf deren steuerliche Konsequenzen mit eörttern und darüber beschließt! Der Herr Reichskanzler hat erklärt, keine Belastung der Landwirthe. Damit ist all denen die Abgabe erklärt, welche die Zuckerprämien und die Brenner-Liebesgabe abschaffen wollen. Ja, was bleibt nun an Steuern übrig? Herr Bödel, noch der einflußreichste Mann, (Heiterkeit), sollte sich einen Revers ertönen lassen vom Reichskanzler, daß Biersteuer, Branntweinsteuer, Rohspiritus-Monopol nicht von der Regierung vorgeschlagen und gutgeheißen werden! Der Reichskanzler sagte, man möge ihm glauben, ihm vertrauen! Ja, in Geldsachen höre Gemüthlichkeit und Vertrauen auf. Herr v. Manteuffel, als der Nächste dazu, hat ja auch dieses Vertrauen abgelegt. Dem Herrn Wittgel trüblich vertrauen die Herren, dieser Herr konnte nicht nur ein Ehrenmitglied der Conservativen, sondern aller Art der (v. Kardorff: Sehr richtig!); Sie kommen in Ihren eigenen Reihen Niemanden finden, der Ihre agrarischen Forderungen so unterstützt, wie Herr Wittgel. (v. Kardorff: Sehr richtig!) Ich will Ihnen Sie als Reichskanzler, an Herrn v. Manteuffel denken Sie schon gar nicht mehr. Als gestern Herr v. Manteuffel durch einen Zwischenfall an Herrn v. Manteuffel erinnert wurde, da sagte er ja auch nur: „Der kann Herr Wittgel zersetzen.“ (Heiterkeit.) Redner hat hierauf nachzuweisen, daß das hanzöische Gdrechtgeß uns nicht veranlassen könne, die Militär-Vorlage anzunehmen. Beide diese aber angenommen, dann würden die Kapitalisten auf demselben Wege wieder weiter vorgehen und die Sprache ohne Ende werde so weiter gedreht. Das möge Herr Bödel bedenken! Bisher war der Reichstag der einzige Ort des Widerstandes gegen einseitige militärische Interessen. Wenn dieser auch schwach und ohnmächtig wird, — wo soll es dann hinaus? Wir werden deshalb bei unserem Widerstande beharren. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Polen): Meine Partei hat einmüthig beschlossen, jetzt in eine materielle Entscheidung der Vorlage nicht einzutreten. Wir werden für die Vorlage stimmen. (Beifall links.) Wir thun dies, indem wir dabei lediglich die Interessen unserer Wähler wahrzunehmen glauben. Wir hoffen, indem wir selbst in dieser Sache loyal verfahren, aus auch die Regierung auf anderen Gebieten gegen uns loyal vorgehen wird.

Abg. Richter (freil. Bg.): Ich muß gegen die Unterstellung protestieren, daß diejenigen, die heute noch für die Vorlage stimmen, es nicht aus Ueberzeugung thun, charakterlos sind und dergleichen. (Lachen links. Rufe Pampelmänner!) Social Charakter wie sie (v. d. Sozialdemokraten) habe ich auch! Ich rechne es mir zur Ehre an, nicht auf einem vorgerathenen Standpunkt zu stehen, wenn ein Grund zur Wiederlegung in ausreichendem Maße beigebracht werde. (Zustimmung rechts. Lachen links.) Während die Franzosen uns Ungemeßene rühnen, so ist, daß selbst der socialdemokratische „Vorwärts“ darüber sich errotet, kommen unsere Socialdemokraten, bekämpfen die Vorlage und empfehlen ein Militärsystem. Ist denn das billiger als unsere Armee? Kriessweges! Wir würden keine Ersparnisse machen, wohl aber würde die Belastung des Einzelnen durch die fortwährenden Einberufungen eine viel größere sein als heute. Das wird sich ergeben, wenn die Herren der Militärfrage einmal ernstlich näher treten und nicht bloß immer mit allgemeinen Redewendungen darauf hinweisen. Die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit müssen wir fordern, denn sie ist die Compensation der Vorlage und ich hoffe der Reichskanzler wird sich damit einverstanden erklären. Das die Steuern erst später betrachtet werden ist doch nichts Ungewöhnliches. Der Vorkriegssteuer wurde im unter der Bedingung genommen, daß dieselbe nicht den Verkehr hemmt und nicht Vergalte von uns in das Ausland gedrängt werden. In keinem Falle dürfen Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung kerkert werden, das muß durch eine Revision bei der späteren Regelung festgelegt

werden. Ich freue mich, daß der Reichskanzler in diesem Punkt mit mir einverstanden ist. Gegen den Vorwurf des Abg. Bayer, daß es sich hier um einen Wahlkampf handelt, verweigere ich mich. Ich müßte aus den Reihen der liberalen Partei austreten, wenn man es mir unmöglich machte, nach meiner Ueberzeugung für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes einzutreten. Ich stehe in diesem Punkte auf dem von Siegel klar dargelegten Standpunkte. Sorge für die Wehrhaftigkeit und Liberalismus sind wohl mit einander vereinbar. Wir werden für die Vorlage stimmen und hoffen mit der Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen, an denen sich der Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.), Frhr. v. Manteuffel-Kroff (Cons.), Dr. Ueber (Str.) und Gröber (Str.) betheiligte. Dr. Ueber bemerkte, daß er auf den Vorwurf des Reichskanzlers in der späteren Beratung antworten würde, und den Reichskanzler nicht zu veranlassen, durch seine Antwort die geschlossene Debatte wieder zu eröffnen.

Von dem Abg. Bebel ist eine Interpellation eingegangen: Was gedenkt der Reichskanzler zu thun aus Anlaß der nach den Berichten der Presse von dem Polizeipräsidenten zu Straßburg gegen dortige Einwohner und Mitglieder des Reichstages gehaltenen Aeußerungen?

Nächste Sitzung: Donnerstag den 13. d. Mts.: Interpellationen Djan (betr. Verlegung der Mandate) und die vorerwähnte Interpellation Bebel. Schluß 3 Uhr.

Literarisches.

Socialpolitisch & Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin vierteljährlich Mk. 2,50). Aus der soeben erschienenen Nummer 40 heben wir hervor:

Socialpolitische Bemerkungen zu den Reichstagswahlen von Dr. Heinrich Braun. — Deutsche Concursquartale für 1892. Zur Frage der Gewinnbetheiligung. — Bergarbeiternatur und Arbeitslosigkeit in Zürich. — Erhebungen über Lohnverhältnisse in Preußen. — Lohnrisiken im städtischen Privatbetrieb. Statist über Arbeits- und Wohnverhältnisse im Bäckergewerbe Wiens. — Die Wohnfrage in den Baumwollspinnereien Ober-Italiens. — Innungen im Großherzogthum Hessen. — Die Arbeiterauspände in Desterreich im Jahre 1892. Von Prof. Dr. Ernst Wittger. — Der Kampf gegen die Pariser Arbeiterbörse. — Internationaler socialistischer Arbeitercongr. — Zur Sonntagsruhe in Hessen. — Zur Reform der deutschen Unfallversicherung. Deutscher Berufs-gesellschaftstag. — Ueber Schuldader. Von Dr. J. Ehrenberg.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietrich Verlag) ist soeben das 41. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das zweite Wahlergebnis — Einige Wahllehren. — Zur Bevölkerungsfrage in Frankreich. Von Paul Lafargue. (Schluß.) — Lohnform und Preis der Arbeit. Von Max Sippel. I. — Die Lage der Landarbeiter in Rußland-Polen. Von Dr. Sophie Daszynska. — Jewillerton: Antip Utegin. Eine Skizze aus der russischen Dorfleben. Von P. J. Deutsch von Reg. Fürst.

Von den im gleichen Verlage erscheinenden beiden naturwissenschaftlichen Werken „Die Pflanzenwelt“ und „Die Thierwelt“ von R. Wommel ist soeben Lieferung 9 erschienen. Lieferung 9 der Pflanzenwelt enthält ein prachtvolle Faroentafel: „Kojen“. Die beiden reichillustrirten Werke sind Jedem, der sich für die Naturwissenschaften interessiert, auf das Angelegentlichste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 Pf.

Der in seinem 18. Jahrgang vorliegende Neue Welt Kalender für 1894 (Hamburg, Hamburger Buchdrucker- und Verlagsanstalt Auer u. Co.) enthält u.:

Kalendarium. — Postweien u. — Schwigelskalender. — Bevölkerungs-, Militär- und Steuerstatistik. — Rückblick. — Meilen und Meile. — Im Kreislauf des Jahres. — Auf der Schwelle. Erzählung von Jima v. Loll-Borosthan (mit Illustrationen). — Flora Germanica. Von Hoffmann v. Fallersleben. — Die Singzeit. Von Dr. H. Lur (mit Zeichnungen). — Wohnungselend, Proletariatverbrechen und Seuchengefahr. Von Dr. H. Braun. — Auf dem Holzweg. Humoreske von Victor Lenz (mit Illustrationen). — Pulver und Blei. Von Wilhelm Liebknecht (mit Illustration). — Der Ocean. Von Oswald Köhler (mit Illustration). — Aus der Geschichte der ersten Heim-Colonie Robert Owens. Von Ed. Bernstein (mit Illustrationen). — Schwirren Gedicht von Otto Ernst. — Bacterien und Bacterienkrankheiten. Von Dr. W. S. (mit Illustrationen). — Genug desat von Franz Dieckhoff. — Wider Wind und Wellen. Erzählung v. Eise Langer (m. Illust.). — Wer soll der Bot schaft da noch glauben? Ged. v. Robert Seidel. — Fliegende Blätter. — Zur unjere Rathslehre. — Fleckenvermiltungs-tabelle. — Hierzu vier Kupfer: Die Stembiecher. — Lieb und Arbeit. — Oberbayerischer Gebirgsbauer. — Der Stedlung. — Ein Wandkalender. — Der Neue Welt-Kalender ist für Wiederverkäufer nach wie vor durch J. G. W. Dietrich in Stuttgart zu den bekanntesten Preisen zu beziehen.

Gerichtliches.

Breslau, 8. Juli. Landgericht. Strafkammer I. — Beleidigung eines Regierungsraths. Die letzte der am 8. Juli vor der I. Strafkammer angeführten Verhandlungen betraf eine Beleidigungsklage gegen einen Regierungsrath, welcher einen anderen Regierungsrath beleidigt hat. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der Vertheidiger des Angeklagten den Ausschluß der Öffentlichkeit, und zwar um Interesse der öffentlichen Ordnung. Motivirte dies merkwürdiger Weise damit, daß die Socialdemokratie die hier zur Sprache kommenden amtlichen Vorgänge als Nebenstoff für ihre Versammlungen verwenden und dadurch immer weiteren Zuspruch erhalten würde. (!!!) Der Staats-

anwalt empfahl gleichfalls im Interesse der öffentlichen Ordnung den Ausschluß der Öffentlichkeit. Derselbe wurde vom Gerichtshofe lediglich aus dem Grunde beschlossen, weil es sich nicht empfehle, die zur Sprache kommenden Beldigungen höherer Vorgesetzten durch Beibehaltung der Öffentlichkeit zu weiterer Verbreitung zu bringen. Das läßt tief blicken, würde Sabot sagen!

Der Militarismus vor Gericht. Vor dem Schwurgericht in Offenburg wurde dieser Tage ein Proceß gegen den Redacteur des dortigen „Volksfreund“, unseren Genossen Ged, verhandelt, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Die gekränkte Staatsanwaltschaft sollte der Militarismus sein, gegen dessen Schattenseiten in der bei Pontti u. v. Döhren zu Hamburg erschienenen Broschüre: „Soldaten oder Menschen?“ wissenschaftlich angegriffen wird. Diese literarische Erscheinung erregte bekanntlich im Februar d. J. in der gesammten Presse ohne Parteiunterschied großes Aufsehen; die deutsche „Armee-Zeitung“ (Redacteur Oberlieutenant von Sanden in Berlin) empfahl im Februar die Broschüre mit ihrem auf voller Wahrheit beruhenden Inhalt aufs Wärmste. Im März druckte der „Volksfreund“ zu ihrer Empfehlung einen Theil des Inhaltes wörtlich und ohne jede Hinzufügung ab. In dieser Reproduktion erblickte die badische Staatsbehörde eine „wissentliche Verbreitung erdichteter Thatsachen zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“. Die fünfstündige Gerichtsverhandlung gestaltete sich zu einer wirklichen Demonstration gegen die Uebelstände des Militarismus. Die Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Rombach, und des Angeklagten machten auf die Geschworenen einen solch' überzeugenden Eindruck, daß dieselben nach kurzer Verathung ein Nichtschuldig aussprachen. Besonders Interesse boten die Präliminarien zu dieser Anklage. Es fand ein Notenwechsel zwischen der Offenburger Staatsanwaltschaft, beziehungsweise dem Ministerium statt. Die Offenburger Anklagebehörde vertrat die Meinung, daß in diesem Falle die Geschworenen zu einem freisprechenden Erkenntnis gelangen würden. — Darauf wurde von Karlsruhe aus die Erhebung der Klage verordnet und die zu inkriminierenden Stellen mit Rothstift bezeichnet. Dies Antwortschreiben besand sich bei den Acten. Die Zuschrift der Offenburger Staatsanwaltschaft mit ihrer prophylaktischen Tendenz war nicht mehr beigegeben. Sie bildete diesen ungeachtet den Gegenstand instructiver Erörterungen. Die Kosten des Proceßes trägt die Staatskasse.

(Der Landmann, welcher die Ursache der Krawalle auf der Matthiasstraße war), ist am Sonnabend in der Person des Arbeiters Ernst Bloch aus Kerschitz, Kreis Müllisch, vor dem unter Vorsitz des Amstraters Schmitter tagenden Schöffengerichte zur Verantwortung gezogen worden. Das Urtheil lautete wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und Sachbeschädigung auf 2 Jahre und 4 Monate Gefängnis.

Breslau, 7. Juli. Oberlandes-Gericht. — Straf-Senat — Noch einmal der Automat und die Sonntagruhe. Nicht weniger als vier Mal wurde bereits über eine Anklage berichtet, welche wegen Verletzung der Bestimmungen über die Sonntagruhe gegen die verwitwete Restaurateur Weimann in Gräbchen erhoben worden war. Derselbe hatte bekanntlich an einem Sonntage im August v. J. einen in ihrem Reparationsgarten stehenden Automaten nicht außer Betrieb gesetzt. Das Schöffengericht hatte auf Freisprechung erkannt, die Strafkammer aber die Verurtheilung beschlossen. In der Revisionsinstanz wurde das Urtheil aufgehoben, worauf sich die Strafkammer wiederum für Bestrafung entschied, und zwar lautete das Urtheil auf 10 Mark Geldstrafe. Die seitens der Angeklagten hiergegen eingelegte Revision wurde heute vom Oberlandesgericht verworfen, so daß die Angeklagte auch die Kosten aller Instanzen zu tragen hat.

Breslau. Schwurgericht. — Verbrechen aus § 219 des Strafgesetzbuches. Der Proceß gegen den praktischen Arzt Dr. med. Karl Schwand ist am 8. Juli, Nachmittag nach 3 Uhr, zum zweiten Male zu Ende geführt worden. Schwand war bekanntlich im ersten gegen ihn anhängig gewordenen, schwurgerichtlichen Verfahren im Januar dieses Jahres in 3 Fällen aus § 219 und in einem Falle aus § 49 schuldig gesprochen und insgesammt zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Das Reichsgericht hatte das Urtheil aufgehoben und in zwei Fällen erneute Verhandlung vor dem Schwurgericht angeordnet. Dazu trat jetzt noch der die unverrichtete Hermine Nitschke betreffende Fall. Schwand wurde diesmal nur in drei Fällen für schuldig erklärt und demgemäß zu einer Gesamtsstrafe von fünf Jahren Zuchthaus nebst Ehrenstrafen verurtheilt, die in Anbetracht der Einzelstrafen hatten 6 Jahr 8 Monate Zuchthaus betragen. Die Hermine Nitschke aber ist für Nichtschuldig erklärt und freigesprochen worden.

Vom Gewerbegericht.

Sitzung vom 10. Juli.

Vorsitzender Stadtrath Kleffe.

Im Monat Mai d. J. war eine Frau Hoffmann bei der Firma Michaelis u. Leipziger ungefähr 14 T. lang auf

Stücklohn beschäftigt. Sie hat während dieser Zeit 5 Jaquets zum Preise von je 1,50 Mark gefertigt, jedoch den verdienten Lohn von 7,50 Mark nicht erhalten. Die beklagte Firma wandte hiergegen ein, daß die Arbeit wohl geleistet worden wäre, daß aber die Ausführung der Jaquets eine Umänderung derselben nothwendig machte. In größerem Umfange ist diese Umänderung durch eine Frau Lieb, an 4 Jaquets erfolgt, die dafür an Arbeitslohn pro Stück 1,25 Mark erhielt. Diese Aussagen waren von der Zeugin beschworen worden. Die Klägerin hatte nachdem nur noch Anspruch auf die bei jedem Stück verbleibenden 25 Pf., außerdem mußte ihr der Lohn des einen nicht geänderten Jaquets in Höhe von 1,50 Mark zusammen mit dem ersten Betrage also 2,50 Mk. mit Recht zustehen. Ein diesbzügliger Vergleich kam schließlich zu Stande, nach welchem sie diese Summe erhielt.

Daß die Lage der Arbeiterinnen aller Arten eine noch weit ungünstigere ist, dürfte schon längst erwiesen sein. Ja, nicht dies allein ist es, was ihre Lage beklagenswerth erscheinen läßt, Sie ist vor allem gleichzeitig mehr noch als der Mann den Launen des Unternehmers, ihres Arbeitgebers unterworfen, weil die Frau einmal wirtschaftlich schwächer, zum anderen noch gelesesunludiger wie der Mann ist. Es wäre sonst nicht denkbar, nachfolgende zwei Fälle, die sich vor dem Gewerbegericht abspielten, als Thatsache hinzunehmen. Beschäftigte da zunächst der Schneidermeister Pawlowsky vom 16. Mai an während 4 1/2 Tagen zu einem Tagelohn von sage und schreibe 60 Pf. die Arbeiterin Jurek. Nach der angegebenen Zeit hat sie selber die Arbeit verlassen, weil ihr das Lohn von 2,70 Mk. nicht pünktlich ausgezahlt wurde, ja sie es überhaupt nicht bekommen hat. Gemäß der Gewerbeordnung berechnigt ein solches Vorgehen seitens des Arbeitgebers den Arbeiter zum sofortigen Wiederlegen der Arbeit. Anders dachte jedoch Herr Pawlowsky. Er wollte für das plötzliche Verlassen der Arbeit entschädigt sein und machte Abzüge noch von den 2,70 Mk. geltend. Auf Zureden des Vorsitzenden erklärte sich die Klägerin endlich damit — zu ihrem Schaden — einverstanden und bekam 1,66 Mk. zugesichert.

Ähnlich liegt der zweite Fall. Derselbe Herr Pawlowsky beschäftigte ungefähr zu eben der Zeit, d. h. im Mai d. J., die Nähatin Jolen zu dem Lohne von pro Tag 1 Mark. Doch auch sie verließ, ohne dies dem Beklagten mitzutheilen, sofort die Arbeit. Das Lohn war ihr nicht ausgezahlt worden und so sah sie sich ebenfalls gezwungen, vor dem Gewerbegericht klagbar zu werden. Hier machte der Beklagte dieselben Ansprüche, nämlich einen Lohnabzug für 1 1/2 Tage als Entschädigung. Die Klägerin erklärte sich damit nicht einverstanden, zum Ende aber, durch den Versuch eines Vergleichs, seitens des Vorsitzenden bewogen, gab sie sich mit dem Vorschlag zufrieden und ward Ende Juni statt 4,50 Mark nur 2,60 Mark erhalten. — Unter Anwalt nach erfüllt auf diese Weise das Gewerbegericht seinen Zweck, den Arbeitern und Arbeiterinnen zu ihren rechtmäßigen, geringen Forderungen zu verhelfen. Rechtmäßig zumal waren sie in beiden Fällen. Das Zustandekommen eines Vergleichs ist da, wo das Recht vorläufig nicht offenkundig ist, jedenfalls am Platz, auch schließlich dort, wo eine Verjährung der Sache durch Verjährung eintreten könnte, aber wo es sich um besonders Gedrückte und Ausgebeutete wie in den bezeichneten Fällen und das Recht auf ihrer Seite liegt, wäre nur sehr wünschenswerth, wenn kein Vergleich, sondern eine Verurtheilung einträte, die dem Geschädigten zu seiner vollen Forderung verhilft.

Vermischtes.

(Deutsche Hungerlöhne.) Die Hainsberger Papierfabrik, schreibt der „Corresp. für Deutschlands Buchdrucker“, setzte vor etwa 2 Jahren die Löhne ihrer Arbeiter um 7 1/2 pCt. herab mit dem Versprechen, bei besserem Geschäftsgange diese wieder aufzubessern. Das Versprechen ist bis jetzt nicht eingelöst worden. So kommt es denn, daß die Arbeiter sich mit 1,50 bis 1,70 Mk. pro Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit begnügen müssen, während der mit kurzem angestellte Director neben einer herrschaftlichen Dienstwohnung 18 000 Mk. Jahresgehalt bezieht. Hiernach wiegen erst vierzig Arbeiter den Director auf.

Eingefandt.

Unter Eingefandt finden Zuschriften aus dem Leserkreise Aufnahme, selbst wenn die Redaction die darin ausgesprochenen Ansichten nicht theilt. Es muß die Sache nur von allgemeinem Interesse sein und eine Betrachtung von verschiedenen Seiten sich empfehlen. Anonyme Einsendungen dagegen bleiben stets unberücksichtigt.

Wie sich ein Lehrer zu helfen weiß, die Kinder zu strafen, beweist folgender Vorfall:

Herr Liebich, Lehrer der evangelischen Knabenschule in der 4. Klasse, Brunnen- und Lohestraßen-Ecke, commandirt vier Jungen, wenn einer übergebucht wird, zum Halten, dann haut selbiger nach Belieben.

Ich bin weit entfernt davon, meinen Sohn vor einer verdienten Strafe zu schützen, aber das nenne ich keine berechnete Strafe für Kinder. (Nun, der betreffende Lehrer ersetzt thatsächlich einen für die Volksschullehrerstellen projectirten Unteroffizier. R. d. „B.“)

G. Haberecht, Sedanstraße 25.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 10. Juli.

Heiraths-Ankündigungen. I. Fleischer Adolf Marschner, kath., Kurgasse 64, und Clara Kunte, kath., daselbst. — II. Fleischer Carl Mikulle, ev., Lehmgrabenstraße 29, und

Michaelina Stanel, kath., Vincenzstraße 10. — Geschäftshierer Adolf Wellaq, ev., Berlinerstraße 42; und Hedwig Reinisch, kath., Holteistraße 45. — Schuhmachermeister Anton Kürschner, kath., Scheinigerstraße 14, und Bertha Lupp, kath., Kaiser-Wilhelmstraße 78. — III. Haushälter Heinrich Weik, evang., Fürnenstraße 36, und Anna Sabath, geborene Glemmich, kath., daselbst. — Oberkellner Hermann Keller, kath., zu Jauer, und Anna Wagner, kath., Matthiasstraße 93. — Arbeiter Robert Barsch, ev., Vincenzstraße 57, und Josefa Henrich geborene Maeraner, kath., daselbst. — Stadtschloß Maximilian Nidel, kath., Neumarkt 13, und Clara Jeller, kath., Barischstraße 7. — Barbier Oscar Schermann, evang., Trebnitzerstraße 9, und Emilie Weimann, ev., Rosenthalerstraße 10 d. — Hausbesitzer Wilhelm Burphardt, ev., Blücherstraße 20, und Emilie Pleisch, geb. Peter, ev., Hummerel 23.

Eheschließungen. I. Kutscher Adolf Kätsch, kath., mit Ottilie Nowak, kath., hier. — Fabrik-Arbeiter Hermann Lorenz, kath., mit Anna Starosky, ev., hier. — Kutscher Richard Kroh, ev., mit Pauline Hirsch, ev., hier. — Friseur Albert Kauprich, kath., mit Henriette Neuschrank, evang., hier. — II. Maurer Johannes Stoller, kath., mit Anna Wilsner, kath., hier. — Steinmetz Paul Dymoth, kath., Bunzlau, mit Bertha Rahmsfeld, ev., hier. — Gerber August Art, evang., Deutsch-Bissa, mit Juliane Scholz, ev., hier. — Kunstgärtner Wilhelm Bauer, evang., Hirschberg, mit Emilie Zimmer, ev., hier. — Stadtpostbote Adolf Hämpele, ev.-luth., mit Luise Schmeiß, ev., hier. — Zuschneider Heinrich Heidemann, evang., Schmiednitz, mit Marie Si, ev., hier. — III. Zimmermann Paul Liebs, kath., mit Selma Mikulle, kath., hier. — Schuhmacher Carl Saffner, kath., mit Caroline Stöger, kath., hier. — Werkführer Ewald Bubig, ev., Deutsch-Weite, mit Mathilde Wedde, ev., hier.

Geburten. I. Arbeiter Robert Hermborf, kath., L. — Schuhmann Bruno König, ev., S. — Schneidermeister Paul Feitner, kath., L. — Schuhmachermeister Gottlieb Köster, ev., L. — Arbeiter Wilhelm Heintz, ev., S. — Hutmacher Carl Herth, ev., S. — II. Bahn-Arbeiter Franz König, kath., S. — Gelbgießer Paul Bjomsky, kath., S. — Geometer Ernst Klaas, ev., L. — Schneidermeister Julius Nebel, ev., L. — Bezirksfeldwebel Gustav Reiner, ev., L. — Hüftheizer Clemens Zimpel, kath., L. — Restaurateur Hermann Wolf, ev., S. — Schneidermeister August Spiller, ev., S. — Schlosser Oscar Stenzel, kath., S. — Schneidermeister Anselm Altmeyer, kath., L. — Drechsler Paul Breiden, ev., L. — Kolbarbeiter Hugo Zeppmeyer, kath., L. — Kaufmann Siegfried Friedländer, jüd., L. — Mechaniker Julius Werner, ev., S. — Fleischer Gustav Minichke, ev., L. — III. Ausschänter Josef Fritsch, kath., S. — Reisender Robert Stephan, ev., S. — Kaufmann Gustav Ködel, ev., L. — Drauer Paul Anabius, ev., S. — Klempner Paul Förster, ev., L. — Bahnarbeiter Otto Standke, ev., S. — Technischer Berwalter des städtischen botanischen Schulgartens Hermann Kießebien, ev., S. — Korbmacher Heinrich Neugebauer, ev., L. — Kaufmann Franz Goldammer, kath., L. — Sattler Julius Spiller, ev., S. — Schlosser Carl Boke, ev., S. — Schmied Johann Rodich, kath., S. — Schuhmacher Franz Linke, kath., L. — Arbeiter Heinrich Theiner, ev., S.

Todesfälle. I. Ehemaliger Schuhmacher Carl Ramm, 96 Jahre. — Benno, S. des Handelsmannes Hirsch Nadel, 14 T. — Schlosser Josef Wierzig, 33 J. — Bruno, S. des Kaufmann Paul Lorenz, 1 J. 6 Mon. — Schlosser Wilhelm Böhrer, 32 J. — Ernst, S. des Haushälters Ernst König, 7 M. — Maurer Josef Stumpe, 48 J. — Helene, L. des Buchhalters Paul Köhler, 10 J. — Gertrud, L. des Lohgerbers Paul Scherhaus, 2 Monate. — Marie, L. des Arbeiters Robert Hermborf, eine halbe Stunde. — Adolf, S. des Arbeiters Adolf Hoffmann, 7 M. — Löffelgefellenfrau Luise Reiche, geborene Eymann, 39 Jahre. — Arbeiterwitwe Catharina Krizmon, geb. Kr., 74 Jahre. — Arbeiterin Auguste Meißner, 48 J. — Pauline, L. des Haushälters Friedrich Dehmelt, 5 Monate. — III. Handelsmann Ernst Müller, 48 J. — Bautechnikerfrau Emilie Korte, geborene Wittig, aus Hirschberg, 34 J. — Fleischer Josef Dransky, aus Wylowitz, 29 J. — Magmillan, S. des Studateurs Gustav Ischar, 4 M. — Curt, S. des Haushälters Bernard Bode, 1 J. 6 Mon. — Martha, L. des Schuhmachers Julius Schöne, 1 J. 6 Mon. — Frieda, L. des Zugführers Otto Rother, 1 J. 3 Mon. — Paul, S. des Fittenschmieders Paul Nitschke, 8 Wochen. — Otto, S. des Restaurateurs Carl Sack, 10 W. — Bertha, L. des Zimmermanns Robert Walschoden, 8 M. — Hospitalistin, Artillerie-Compagnie - Chirurguswitwe Wilhelmine Heitemann, geb. Schönplug, 84 J.

Breslau, 10. Juli. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Juli 145,00 G., September-October 149,00 B. — Hafer per 1000 Kilogr. per Juli 167,00 G. — Mühl (per 100 Kilogr. — gekündigt — Str., loco in Qualitäten a 5000 Kilogramm — per Juli 50,00 B., per September-October 50,50 B. — Spiritus per 100 Ltr. (a 100 pCt.) ohne Faß: excl. 50 und 70 M Verbrauchsabgabe, gel. — Str., abgeliefene Ründigungscheine — per Juli 50er 56,00 B. 70er 36,00 B.

Breslau, 10. Juli. Breslauer Mehlmarkt. Leigen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 23,75 bis 24,25 M. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22,50 — 23,00 M. — Weizen-Mehl per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 9,40 — 9,80 M., b) ausländisches Fabrikat 9,20 — 9,60 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 21,75 — 22,25 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 10,80 — 11,00 M., b) ausländisches Fabrikat 10,40 — 10,60 M.

Briefkasten des localen Theiles.

Ein Freund Ihrer Sache. Anonyme Zuschriften berücksichtigen wir nicht. Wenn Sie binnen drei Tagen Ihre Adresse uns nicht bekannt geben, so wandert Ihr Brief in den Papierkorb.

Theater-Nachrichten.

Kühnert-Kammer-Theater.
 Direction: **Fritz Wittke-Wild.**
 Gastspiel des Lobe-Theater-Ensembles.
 Dienstag:
 Legies Aufstehen und
Abschieds-Benefiz
Josef Josephi.
 Gastspiel **L. Wallner**, zum letzten Male.
Der Vogelbändler.
 Adam — **Joseph Josephi** a. G.
 Fürstin **Marie** — **L. Wallner** a. G.
 Mittwoch:
 Gastspiel **L. Wallner**
Das Sonntagskind.

Brot! Brot!

Hausbäckerei-Brot, vorzüglich im Geschmack, 6 Pfund für 50 Pfg. empfiehlt die Bäckerei von 1134 **Jos. Warnierke**, Gneissaustr. 11.

!! Cigarren !!

Vorzüglich und billig empfiehlt **Oscar Betz**, Nr. 2, Adalbert-Str. Nr. 2.

Freunden und Gesinnungsgenossen zur Nachricht, daß ich **Fischerstraße No. 14** eine Filiale eröffnet habe und die Vertretung Herrn Robert Tscherner übertragen habe.

W. Haupt,

Cigarren-Fabrikant, Heinrichstraße 14.

5 Pfennig-

Cigarren, prächtige Qualitäten, empfiehlt und versendet 1148 **H. Patschinske**

Altbückerstr. 43,

Cake Messergasse.



Bruno Rosenthal
Schmiedebrücke 57

empfehlen sein reichhaltiges Lager von selbstgearbeiteten, gutem Schuhwerk. 655

An der Feldstr.
„Zur billigen Stube“
Klosterstr. 85a

Eingang durch den Bäckereiladen verkauft zu recht billigen Preisen, um zu räumen, Kartrübe, Jacken, Schürzen, Hemden, Hüden, Schnittwaaren nebst anderen Artikeln. Für Händler und Hausfrauen besonders empfehlenswerth. 1093

Robert Cohn
Klosterstr. 85a, 1. Et.

Im Verlage von **G. Stowte** in Bielefeld ist erschienen und durch alle Buchhandlungen und Colporteurs zu beziehen:

Die Bibel.

Ihre Entstehung u. Geschichte. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Klärung des arbeitenden Volkes von **Domela Nieuvenhuis.**

Hervorragende u. bedeutende Agitationschrift. 64 S. eleg. broschirt. Preis 40 Pf. Wiedererkaufte erhält. höh. Rabatt. Bestellungen direct beim Verlage sind 45 Pf. in Briefen beizufügen.

General-Versammlung

des **Socialdem. Vereins für Breslau und Umgegend**
Donnerstag, den 13. Juli 1893
 im kleinen Saale der **Aktien-Brauerei**
Nikolai-Str. 27.

Tages-Ordnung: 1. Quartalsabrechnung II und das Maifest. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl der Revisoren. 4. Anträge u. Interpellation.
Mitgliedsbuch legitimirt.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Nach dem Beschlusse vom 3. Juli cr. findet der diesjährige **Sommer-Ausflug**

des **Breslauer Mohrleger u. Gehilfen-Vereins**
Sonntag, den 16. Juli, per Wagen, nach **Trebnitz** ganz bestimmt statt. Vereinsmitglieder und Gönner des Vereins werden ersucht, bis **Freitag, den 14. Juli**, im Lokale des Herrn **Folka**, Blumenstraße Nr. 2, bestimmt anzugeben ob sich dieselben am Sommer-Ausflug betheiligen wollen. Die Abfahrt findet früh 5 1/2 Uhr vom Ring (Sieben Kurfürstenteile) statt. 1141

Blousen! 986 Blousen!

in aparten, reizenden Façons und Stoffen von 1 Mark an empfiehlt **54 Schmiedebrücke 51. Max Zerkowski.**

Fabrik von Arbeiterjacken

Spezialität: **Arbeitsjosen.**
E. Liedecke, Stodgasse Nr. 30.
 en gros. 1084 En détail



Arbeiter! Genossen

Verlangt überall nur Cigarren mit Arbeiter-Schutzmarke, denn nur durch Einführung der Schutzmarke ist es uns noch möglich, unsere Existenz sowie unsere Organisation zu erhalten. Wir wehren hierbei auf das Solidaritätsgefühl der Genossen. 1152
 Der Vorstand des **Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter.**
 Cigarren mit der Schutzmarke sind bei folgenden zu haben:
S. Eise, Brigittenthal 20, A. Kern, Polenerstraße 43, III, P. Göster, Böckstr. 10, P. Ebel, Friedrich-Wilhelmstr. 22, E. Wiesner, Bübcherstr. 16, in Neustadt OS. bei Carl Schrotte, in Haynau bei H. Stolz.

Rohtabake!

Sumatra, gute Toden, a Pfd. Mk. 1,50, 1,75, 2,00, 2,40, 3,00, 3,60
 Carmen La Ia Umblatt a Pfd. Mk. 1,15.
 Felix-Einlage und Umblatt von 1,15 bis 1,40 Mk.
 Pfälzer Einlage und Umblatt von 0,05 bis 0,50 Mk. 1015
 Grus, staubfrei von Mk. 0,25 bis 0,50.
 Ferner: Java-Umblatt, Havana, Cuba empfiehlt billigt **Johannes Kubis, Gneissauplatz 1.**

Ludwig Herz,

Blücherplatz 4, neben der Mohren-Apotheke empfiehlt sein Lager fertiger 1091

Schuhwaaren

unter Garantie eleganter Passform und besser Haltbarkeit zu billigen aber streng festen Preisen

Die beste Bezugsquelle für alle Artikel der Herren-, Damen- und Kinder-Confection.

Größte Auswahl von Arbeiterjacken, als Arbeitsjosen n. 1, Mk. an, Arbeiterblousen von 75 Pf. an, Kinderkleider von 65 Pf. an, bedruckte Catune von 25 Pf. an, Hüden 25 Pf., Schürzen, Gardinen, Schürzen von 20 Pf. an, Ferner von 25 Pf. an, Seimen von 30 Pf. an, Zwirn, Lage 5 Pf., Wigogne 9 Pf. u. s. w. nur

Bohrerstr. 27 bei L. Fraenkel,

Ich bitte, sich beim Einkauf auf obige Annonce zu beziehen und Rabattmarken zu fordern. 974

Soeben erschien und ist durch den Verlag der „Münchener Post“ München, oder durch die Expedition dieses Blattes zu beziehen:

Die Sklaven-Aufstände des Alterthums

von **Ernst Frank.** — Preis 10 Pf.
 Mit Ausnahme der Römischen Reichsperiode, welcher obige Schrift als wissenschaftlichem Werke überlegen ist, bilden die Französischen Arbeiter die einzige, die diese hochinteressante Bewegung vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung behandelt. Die ökonomischen Ursachen der Sklaven-Aufstände finden wir gerade in unserer Zeit der größten sozialen Konflikte in der modernen Arbeiterbewegung wieder. Die Arbeiter-Aufstände in Homehead — die Sklaven-Aufstände im alten Rom, sie gleichen sich in ihren Ursachen, wie ein Ei dem Andern.

Berspätet.
 Unserm Freunde und Genossen **Kollee** zur Geburt einer klein. Tochter die besten Glückwünsche. Die Mitglieder des Social. Arbeitervereins Breslau-Land.

Unserm Vorstehen Genossen **Schablinsky** gratuliren zur Geburt eines Stammhalters. Die Mitglieder des Social. Arbeitervereins Breslau-Land.

Soeben erschien:
Illustrirte Weltgeschichte für das Volk
 mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwicklung dargestellt von **J. G. Vogt.**
 4 Bände à 35 Hefen in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfennige.
 Die erste Weltgeschichte, welche von Marxistischer Gesichtsauffassung ausgehend, den Zusammenhang der Begebenheiten, die treibenden Mächte in der Weltgeschichte, das Warum alles geschichtlichen Geschehens und vor Allem die wirthschaftlichen Lebensbedingungen, die Aufgaben und Verdienste des Volkes behandelt; keine Geschichte der Fürsten und großen Männer, sondern der Menschheit.
 Illustrationen und Ausstattung des Werkes vorzüglich!
 Illustrirte Prospekte gratis. Probehefte stehen gerne zu Diensten.
 Bestellungen hierauf nimmt entgegen das gesamte Erägerpersonal der Volkswacht, sowie **Die Expedition dieses Blattes**

Der Kubhandel.
 Zur Reichstagswahl 1893.
 Preis 10 Pfg.
 Zu beziehen durch die Colporteurs und die Expedition der Volkswacht.

Eine Welt- und Lebensanschauung
 für das Volk
 mit besonderer Berücksichtigung der wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen von **J. G. Vogt**
 in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. — 6 Kr. 5. 20
 Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht.

Vorsicht! Hütet Euch!
Die Socialdemokraten kommen!
 Eine wahre Dorfgeschichte, welche schon oft passiert ist und noch passiert. Von **Adolf Hoffmann.**
 Dritter Theil der „Zehn Gebote.“
 Zweite Auflage: 100,000 Exemplare.
 Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition.

Im Verlage der Buchdruckerei „Gutenberg“, Zeit-, Buchhandlung des „Volkboten“, erschien soeben:
Die zehn Gebote
 und die **besitzende Klasse.**
 Nach einem gleichnamigen Vortrage von **Adolf Hoffmann.**
 Zu bez. durch die Expedition d. Bl.

6. Auflage. Preis 30 Pfg. 6. Auflage. Preis 30 Pfg. 6. Auflage. 6. Auflage.